

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

DAS ÖLFELD KASCHAGAN IN KASACHSTAN – (K)EIN MILLIARDENGRAB

■ ANALYSE

Das Ölfeld Kaschagan in Kasachstan und die Kapitalisierung der nordkaspischen Erdölindustrie: Lehren aus der Praxis statt Klischees 2
Von Maurizio G. Totaro, Gent

■ KARTE

Erdölreserven und -pipelines in Zentralasien 7

■ CHRONIK

20. Mai – 23. Juni 2017 8
Kasachstan 8
Kirgistan 10
Tadschikistan 14
Turkmenistan 17
Usbekistan 19

Das Ölfeld Kaschagan in Kasachstan und die Kapitalisierung der nordkaspischen Erdölindustrie: Lehren aus der Praxis statt Klischees

Von Maurizio G. Totaro, Gent

Zusammenfassung

Dieser Beitrag wendet sich gegen die verbreitete Wahrnehmung eines Niedergangs des nordkaspischen Ölprojekts Kaschagan, der zufolge das investierte Geld buchstäblich in den Sand gesetzt wurde. Tatsächlich haben die Ölkonzerne und der kasachstanische Staat sich wechselseitig darin unterstützt, neue Wege zum Aufbringen von Finanzmitteln (Kapitalisierung) aufzutun, dabei aber gleichzeitig auch die Kontrolle über eines der größten Ölfelder der Erde zu behalten. Zwar begann erst Ende 2016 Öl in Kaschagan zu fließen und die Erschließungskosten sind im Laufe der Jahre in exorbitante Höhen gestiegen, aber dennoch wirkte das Projekt als Katalysator für große Profitmöglichkeiten – es muss also irgendwohin Geld geflossen sein. Der Autor richtet den Fokus auf die Ausbeutung von Erdölressourcen mittels komplexer Interaktionen, zum Beispiel durch die Bildung großer Partnerschaften zwischen Transnationalen Erdölkonzernen (TEK), um Kosten und Verantwortlichkeiten zu teilen, durch den Abschluss bindender Abkommen zwischen Staat und TEK, durch die Einbeziehung von ökologischen Gesichtspunkten und Gefahren, durch Kapitalisierung an den deregulierten Aktienmärkten, durch die Unterstützung von Sozialprojekten seitens der Firmen und die Schaffung spezieller Arbeits- und Steuerbestimmungen in Sonderwirtschaftszonen. Alle diese Aktionen zielen nicht so sehr darauf ab, die ökologischen, ökonomischen und sozialen Risiken der Ölförderung auszuschalten, sondern sie vielmehr zu kontrollieren und gleichzeitig den Förderprozess für den Staat und die Konzerne profitabel zu halten. Mit diesen Einblicken in ein kompliziertes Gefüge möchte der Autor einfachen, politikorientierten Argumentationen entgegentreten, die weiterreichende internationale und lokale Machtbeziehungen, mit denen es die Mineralölförderung zu tun hat, weitgehend ausblenden. Er plädiert vielmehr für einen Ansatz, der diese vielfältigen und wechselseitigen Verflechtungen berücksichtigt.

Nach dem Ende des ersten Golfkriegs und dem Zusammenbruch der Sowjetunion weckten die Öl- und Gasvorkommen Kasachstans das Interesse einer globalen Industrie, die verzweifelt nach neuen Ressourcen Ausschau hielt. In der gewohnt übertriebenen Sprache der Ölproduzenten wurde Kasachstan zu einer der letzten unerschlossenen Energieregionen, in der man ein fantastisches »Öl-Dorado« vermutete. Die Entdeckung des Kaschagan-Feldes im Jahr 1993 wurde als der größte Erdölfund seit der Entdeckung von Prudhoe Bay, Alaska, vor 30 Jahren annonciert. Dies elektrisierte sowohl die Transnationalen Erdölkonzerne (TEK) wie auch die Regierung Kasachstans. Heute, mehr als 20 Jahre später, hat man Kaschagan ironisch in »Cash all gone« (Das Geld wurde verpulvert) umbenannt. Die Hoffnungen sind zum großen Teil enttäuscht worden: Die Produktionskosten sind sehr schnell gestiegen (eine Tendenz, die generell für diese Branche gilt), während der starke Verfall der Weltpreise für Erdöl die Frage aufwirft, ob angesichts der großen Probleme bei der Ölförderung in Kaschagan möglicherweise der Energieertrag im Verhältnis zum investierten Kapital eher zu einem Verlustgeschäft als zu einer profitabel nutzbaren Ressource führt.

Auf der Basis der einschlägigen Fachliteratur und von Gesprächen mit Insidern aus der Ölindustrie und

Wissenschaftlern soll hier gezeigt werden, dass Kaschagan durchaus lukrative Chancen sowohl für die Firmen als auch für den kasachstanischen Staat bietet. Gleichzeitig wird die Mineralölindustrie durch diese Entwicklung immer stärker in der sozioökonomischen Struktur der nordkaspischen Region verankert.

Gewinnerwartungen

Das Kaschaganfeld liegt in 4.500 m Tiefe unter dem Seegrund des nördlichen Kaspischen Meeres. Die dortigen Bedingungen stellen eine der größten Herausforderungen für die Ölgewinnung dar: Das Feld steht unter hohem Überdruck (800 Bar), was die Bohrungen sehr schwierig macht; im Winter können die Temperaturen bis auf minus 20° Celsius fallen und eine mehrere Meter dicke Eisschicht bedeckt das Wasser; das Erdöl hat außerdem einen sehr hohen Anteil von 19% Schwefelwasserstoff (H₂S), einem hochgiftigen und ätzenden Gas. Wegen der immensen Kosten und Risiken der Ölförderung unter solchen Bedingungen und wegen der Biodiversität der Region war das nördliche Kaspische Meer in sowjetischer Zeit dem Fischfang sowie dem Transportsektor vorbehalten. Der erste Schritt zur Erschließung der Offshore-Reserven bestand daher in der Modifikation der Schutzbestimmungen für dieses Gebiet: Mit dem Regierungsbeschluss vom 23. Septem-

ber 1993 wurde das Verbot, in diesem Gebiet Öl zu fördern und zu verarbeiten, faktisch aufgehoben. Diese Regelung fand in der Folge auch Eingang in das Gesetz über Naturschutzgebiete von 1996 bzw. 2007 und das Umweltgesetz von 2007. Auf diese Weise wurde nicht nur die Ölförderung frei gegeben, sondern gleichzeitig erschloss sich der Staat eine neue Einnahmequelle, da er für die Umweltverschmutzung in dem Gebiet Strafen kassieren konnte.

Die Komplexität der Förder- und Transportprozesse hat von Anfang an die Beteiligung einiger der größten TEK an diesem Projekt notwendig gemacht: Gegenwärtig haben Shell, ExxonMobil, ENI, SNPC, Inpex, Total und die nationale Ölgesellschaft KasMunaiGas (KMG) Anteile am Betreiberkonsortium von Kaschagan, der North Caspian Operating Company (NCOC). Wegen des Umfangs und der Komplexität des Projekts wandten sich die beteiligten Partner vom traditionellen Modell eines einzigen Betreibers mit alleiniger Führungsberechtigung ab. So wurde 2009 die NCOC gebildet, was zu Verzögerungen führte, auch wenn damit die Verantwortung für das Projekt auf eine breitere Grundlage gestellt wurde. Ein Insider formulierte es so: »Früher wurde das Projekt auf ganz normale Weise betrieben. Jetzt existiert bloß ein Komitee nach dem anderen. Jede Firma hat ihr eigenes betriebsinternes Kontrollwesen, Genehmigungsverfahren, eine eigene Personalführung, Kommunikation etc. Jeder einzelne Schritt muss von allen anderen abgesegnet werden.«

Die globale Ölindustrie hat zwar mit steigenden Produktionskosten zu kämpfen, aber diese wurden oft durch eine Liberalisierung und Kapitalisierung der nationalen Ölindustrien kompensiert. So haben beispielsweise Regierungen weltweit versucht, mit Hilfe von Produktionsbeteiligungsverträgen (PSA) ausländische Investitionen anzulocken. Hierbei werden Joint Ventures zwischen Konzernen und Ölförderstaaten abgeschlossen, die den Konzernen als Konzessionsnehmern große Anteile an der Förderung zusichern. Solche Schritte haben die Mineralölkonzerne ermutigt, Ölfelder unter zunehmend riskanteren Bedingungen zu erschließen. Derartige Abkommen sind auch für Kasachstan typisch, z. B. im Fall der beiden riesigen Ölfelder Tengis und Kaschagan. So wurde der staatliche Produktionsanteil im Tengis-Ölabkommen zwischen Chevron (TCO) und Kasachstan an den Ertrag des Unternehmens geknüpft. Praktisch bedeutete dies, dass der Staat erst 2008 zum ersten Mal einen Anteil erhielt, nämlich als das Unternehmen die vereinbarte Rentabilitätsschwelle erreichte – 15 Jahre nachdem der Vertrag in Kraft getreten war.

In Kaschagan enthält der PSA ebenfalls solche Klauseln. Angesichts der exorbitanten Kosten dieses Projekts

ist zu vermuten, dass es Jahrzehnte dauern wird, bis der Staat den ihm zustehenden Anteil erhalten kann. Ein anderer Aspekt bei solchen PSA ist, dass es dem Staat nach Vertragsabschluss juristisch untersagt ist, den Kontrakt zu kündigen oder dessen Bedingungen zu modifizieren. Dies bedeutet, dass zwischenzeitliche Änderungen in der Gesetzgebung Kasachstans zur Stärkung der Verhandlungsposition gegenüber den multinationalen Ölkonzernen (Steuergesetzgebung 2001, Gesetzgebung über Produktionsbeteiligungsverträge 2005, Gesetz über die Nutzung von Bodenschätzen 2010) lediglich neue Projekte betreffen, aber nicht Kaschagan. Nach den ursprünglichen Vertragsbedingungen können in dem Projekt weder der Umfang der zu steuernden Gewinne noch die Anteile der Firmen an der Förderung modifiziert werden. Die starren Vertragsbedingungen stellen für das Betreiberkonsortium des Kaschagan-Projekts einen sehr starken Anreiz dar, da es langfristig enorm profitieren wird; die beteiligten Konzerne spekulieren auf die Erdölmärkte der Zukunft (mittels Oil Futures), welche ihre auf kurze Sicht steigenden Produktionskosten kompensieren werden.

Die Entwicklung des Kaschagan-Ölfelds ist auch tatsächlich von der zügellosen Kapitalisierung der Mineralölindustrie betroffen. Bei Bekanntgabe der Entdeckung des Vorkommens im Jahr 2000 veröffentlichte der Staat eine maßlos übertriebene Schätzung der vorhandenen Ressourcen, indem er nicht zwischen vorhandenen und förderbaren Ölreserven unterschied, um Investoren anzuziehen. Die Angaben über die vorhandenen Ölvorkommen schwanken zwischen 30 und 50 Mrd. Barrel, aber wegen der schwierigen Förderbedingungen werden wohl nur ca. 15 bis 20% der Vorkommen auch gefördert werden können. Die Ölkonzerne bestätigten damals jedoch die Schätzung der vorhandenen Vorkommen, und ihre Aktienkurse auf den Kapitalmärkten stiegen ganz enorm – dies entsprach einer »kreativen Buchhaltung«. Die beteiligten Firmen legten angesichts der hohen Realisierungskosten mehr Wert darauf, die Kontrolle über das Ölfeld zu behalten und waren eher mit der Kapitalisierung auf den Aktien- und Future-Märkten beschäftigt, als mit einer zügigen Umsetzung des Projekts. Britisch Petroleum (BP) beispielsweise, einer der Gründungspartner, hatte, als bekannt wurde, dass das Projekt wirtschaftlich rentabel sein würde, seine Anfangskosten bereits amortisiert und sogar zusätzliche Gewinne eingefahren und verkaufte 2001 seine Anteile. Dennoch hatten der Schwerpunkt auf der Kapitalisierung an den Aktienmärkten und der relative Mangel an Investitionen in die reale Produktion die Umsetzung des Projekts verzögert, so dass der Betreiber, AgipKCO (ENI), erstmals eine Verschiebung des Produktionsbeginns auf 2008 bekannt geben musste.

Schließlich sei noch angemerkt, dass die beteiligten Konzerne zwar bei den gegenwärtigen Weltmarktpreisen für Öl kurzfristig finanzielle Verluste erleiden könnten, aber von der Abwertung der nationalen Währung Kasachstans um mehr als 50 % seit dem abermals verschobenen Start des Projekts im Jahr 2013 profitieren. Der Währungsverfall äußert sich real in einer erheblichen Senkung der Kosten für Personal, Waren und Dienstleistungen. Zudem wurde der Hafen Aktau 2002 in eine Sonderwirtschaftszone (SWZ) umgewandelt. Joint Ventures zwischen einheimischen und internationalen Firmen, die von Körperschafts-, Grund- und Vermögenssteuern sowie Mehrwertsteuer befreit sind, produzieren hier Rohrleitungen, Stahlbeschichtungen und verschiedenste Maschinen und Ausrüstungsgegenstände. Ziel der Schaffung dieser SWZ war es, transnationales und einheimisches Kapital anzulocken, um die für die Ölgewinnung benötigten Maschinen und Ausrüstungsgegenstände regional herzustellen und nicht zu importieren. Der Status der SWZ ist jedoch immer noch unklar und sie arbeitet nicht mit voller Auslastung. Doch haben große transnationale Gesellschaften aus den Bereichen Logistik und Maschinenbau dort schon seit Jahren Produktionsanlagen in Betrieb. Die »kasachstanische Beteiligung« am Umfang der Waren und Dienstleistungen, mit denen die Konzerne beliefert werden, beträgt entsprechend einer verbindlichen Vertragsklausel 60 % und erlaubt den Einsatz billiger Arbeitskräfte in diesen Firmen, aber auch die Expansion eines Marktes für lokale Subunternehmer. Die Schaffung der SWZ schlug sich also in Kostensenkungen für die in dem Gebiet tätigen Ölkonzerne nieder, da sie ihnen ermöglichte, zu niedrigeren Preisen Maschinen und andere Ausrüstungen für ihren Betrieb zu erwerben.

Vorteile für Kasachstan und die lokale und regionale Wirtschaft?

Politische Vorhaben in erdölfördernden Ländern sind in hohem Maße von der Literatur über den so genannten »Ressourcenfluch« (resource curse) beeinflusst. Die Vertreter dieses Ansatzes argumentieren, dass die riesigen Geldströme, die in ölproduzierende Länder fließen, zu Korruption, inneren Unruhen, Krieg und autoritärer Herrschaft führen. Es wurde jedoch darauf hingewiesen, dass die Vertreter der These vom »Ressourcenfluch« dazu neigen, den Staat als eine für sich existierende Einheit zu betrachten, dessen praktische Handlungen isoliert von den Beziehungen mit den Ölkonzernen sind. Kritiker halten dagegen, dass Politik, die sich auf diese Richtung stützt, dazu tendiert, normatives Wissen über Ölförderländer zu produzieren, ohne die breiteren internationalen und transnationalen Machtbeziehungen einzubeziehen, welche diese Länder prägen. Hier wird dagegen argu-

mentiert, dass staatliches Handeln, staatliche Regulierungen und Institutionen nicht ohne Berücksichtigung der Tatsache analysiert werden können, dass diese ständig durch die Interaktionen mit anderen Akteuren, wie zum Beispiel TEK, mit erzeugt werden.

Im Gegensatz zu den Annahmen der Anhänger des »Ressourcenfluchs« sind dem »Staatssäckel« Kasachstans im Fall Kaschagan durch die zehnjährige Verzögerung des Produktionsbeginns und steuerlich absetzbare Unternehmensgründungen Millionen an Einkünften verloren gegangen. Die Einnahmeausfälle durch Verzögerungen bei der Realisierung des Projekts wurden jedoch teilweise durch Strafen und Gebühren kompensiert. Das in einem Gebiet mit großer biologischer Artenvielfalt operierende Konsortium stand ständig unter dem Druck lokaler und internationaler Umweltschutzorganisationen und wurde wiederholt vom Staat mit Strafzahlungen belegt, weil es giftiges »saures« Gas abgefackelt hatte und wegen undichter Pipelines zwischen den Offshore-Ölplattformen und der Küste. Statt jedoch das Projekt wegen hoher Umweltrisiken zu stoppen, hat die Regierung ökologische Bedenken in ihrem Sinne »gekapert« und als Verhandlungsposition genutzt, um den Anteil von KazMunaiGas im Kaschagan-Projekt zu vergrößern. Zum Beispiel verlangten die kasachstanischen Behörden 2007 von der NCOC mehr als 10 Mrd. US-Dollar als Kompensation für die Nichteinhaltung von Umweltschutzaufgaben und blockierten die Arbeit auf dem Ölfeld so lange, bis die beteiligten Parteien nach monatelangen Verhandlungen schließlich einer Steigerung des KMG-Anteils von 8,33 auf 16,81 % zustimmten, wofür KMG mit 1,78 Mrd. US-Dollar Strafgeld nur ungefähr die Hälfte seines Wertes zahlte. Naturschutz wurde so zu einer Akkumulationsstrategie für den Staat, denn die rechtliche Durchsetzbarkeit der Strafzahlungen monetarisierte die ökologischen Risiken und schuf neue Märkte für ökologische Sanierung und Renaturierung durch einheimische und internationale Unternehmen.

Bis Anfang 2017 konnte Kaschagan keine nennenswerten Fördermengen aufweisen. Dennoch haben die beteiligten Konzerne von der Nachfrage nach ihren Aktien profitiert, indem sie den Aktienmärkten die vorhandenen, wenn auch unerschlossenen, Ölreserven als größer darstellten, als sie tatsächlich förderbar sind. Zum Beispiel konnte ExxonMobil nach Angaben von 2013 im vorausgegangenen Fünfjahreszeitraum 23 Mrd. US-Dollar an Liquiditätszuflüssen und 5,6 % Aktiengewinne generieren; ein anderes Unternehmen des Konsortiums, ConocoPhillips, notierte entsprechend 4 Mrd. US-Dollar Liquiditätszuflüsse und 4,6 % Gewinn. Ferner hat das Ölfeld im Laufe der Jahre zahlreichen Firmen neue Entwicklungsmöglichkeiten geboten, von Logistik

über Bautätigkeit bis zu Beratung. Es diene als Durchlauf nicht nur für multinationales, sondern auch für einheimisches Kapital, das mit Hilfe von Steueroasen wie den Virgin Islands und den Niederlanden in Form ausländischer Direktinvestitionen in Kasachstan wieder angelegt und genutzt wurde, um große Unternehmen im Logistikbereich und im Bausektor zu gründen, Medien aufzukaufen und in Finanzanlagen zu investieren. Strategische Netzwerke, die Mitglieder des Regimes mit diesen ausländischen Schauplätzen der Kapitalakkumulation verknüpften, stärkten das Patrimonialsystem, das rund um Präsident Nursultan Nasarbajew geschaffen wurde, und begründeten eine Klasse innerhalb staatlicher Institutionen angesiedelter Kapitalisten – sogenannter antrepratschiki, einer postsowjetischen Wortschöpfung für halb Unternehmer (antreprenjor), halb apparatschik.

Wie das Energieministerium anlässlich des Produktionsbeginns in Kaschagan im Dezember 2016 mitteilte, wurden bis dahin mehr als 70 Joint Ventures zwischen TEK und neu gegründeten kasachstanischen Unternehmen gegründet. Von den 274 Subunternehmen, die für das Projekt arbeiten, sind mehr als die Hälfte in einheimischem Besitz. Diese Firmen befassen sich mit so unterschiedlichen Tätigkeiten wie Reinigung und Catering bis hin zu Bautätigkeit, und ziehen zahlreiche weitere Unternehmensgründungen nach sich, so dass das Projekt fest in der ökonomischen Struktur der Region verankert ist. Der steigende Anteil einheimischer Arbeitskräfte wird zwar oft als Ergebnis erfolgreicher Verhandlungen zwischen Regierung und TEK dargestellt, ist aber tatsächlich den Aktivitäten der Ölkonzerne geschuldet: Angesichts niedriger Ölpreise sind letztere bei den Ausgaben zurückhaltend und ziehen es vor, Einheimische anstelle ausländischer Arbeitskräfte fortzubilden. Aus- und Fortbildung wird so zu einer Sozialtechnologie, die einen Zusatzmarkt für Firmen, die solche Dienste anbieten, schafft. Auf der einen Seite erhalten einheimische Unternehmen Zertifikate, ausgestellt entweder von den TEK selbst oder von kleineren, »unabhängigen« Beratungs- und Fortbildungsfirmen, in denen überwiegend frühere Angestellte von TEK arbeiten. Diese Zertifikate bescheinigen den Firmen, dass sie sich, zumindest auf dem Papier, an internationale Normen halten, beispielsweise in Bezug auf Gesundheits- oder Sicherheitsvorschriften. Im Umkehrschluss kann die NCOC dann einheimische Subunternehmer verpflichten, unter Verweis auf die von ihnen vorgelegten Zertifikate. In einigen Fällen nutzen Subunternehmer die Kenntnisse über Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften, über die die Arbeiter angeblich verfügen, als Druckmittel, um sie davon abzubringen, Lohnforderungen zu stellen oder ihrer Unzufriedenheit mit Arbeitsbedingungen Aus-

druck zu verleihen. Beispielsweise hält man Tests über Sicherheitsmaßnahmen für Arbeiter ab, ohne dass man sie darin fortgebildet oder vor der bevorstehenden Prüfung gewarnt hat. »Sie lassen einen durchfallen«, erläuterte mir ein Arbeiter – die ungenügenden Kenntnisse der Arbeiter hinsichtlich der Sicherheitsvorschriften werden als Vorwand für eine Entlassung genommen.

Es wäre also irreführend, Kaschagan als ein »Verlustunternehmen« für transnationale Konzerne, lokale Betriebe und den Staat Kasachstan zu sehen, denn das Projekt erbringt seit vielen Jahren produktive Leistungen, auch wenn bis Ende 2016 kein Öl gefördert wurde. Außerdem boomt der Immobilienmarkt im nahen Atyrau, Konzerne haben in der gesamten Region Sozialprojekte ins Leben gerufen, und die Verknüpfung der Infrastruktur der Region mit Kohlenwasserstoffen wurde noch enger: Es entstanden Häfen für den Export und zur Unterstützung des Offshore-Betriebs, Werften für Reparaturen und Instandhaltung, die Ö Raffinerie von Atyrau wurde vergrößert und eine Fabrik für die Weiterverarbeitung der Schwefelsäure gebaut.

Die von der NCOC angestoßenen Projekte im Bereich soziale Unternehmensverantwortung – der Bau von Schulen, Krankenhäusern, Kultur- und Sportzentren – haben sich für den Staat als effektive Methode erwiesen, seine eigenen Funktionen als Anbieter sozialer Dienstleistungen teilweise auszulagern. Die NCOC wiederum kann sich als fürsorglicher und vertrauenswürdiger regionaler Akteur vermarkten und die erheblichen ökologischen Risiken, die mit dem Projekt verbunden sind, herunterspielen – potentielle Explosionen aufgrund des hohen Drucks und der hohen Temperaturen des Erdölbegleitgases; die Giftigkeit des Schwefelwasserstoffs und die Flüchtigkeit der enormen Mengen an aufbereitetem Schwefel; die Wahrscheinlichkeit, dass aufgrund von Lecks Öl in die kaspischen Gewässer austritt. Der Bau von Infrastruktureinrichtungen folgt einem Muster, das eine lange Geschichte in der Region hat und an die Entwicklung der Mineralölindustrie geknüpft ist. Nicht nur soziale Infrastruktur wie Schulen und Krankenhäuser, sondern auch »harte« Infrastruktur wie Gasnetze, Wasserleitungen und Straßen werden vom Konsortium gebaut. Obwohl letzteres diese Projekte als Ergebnis seiner Fürsorge für die lokale Bevölkerung anpreist, bilden diese Infrastrukturmaßnahmen das Gerüst einer »Anti-Politik-Maschine«, mit der man versucht, die einheimische Bevölkerung zu kooptieren und die soziale Reproduktion und Mobilität der Arbeiter des Erölprojekts sicher zu stellen.

Plädoyer für einen neuen Ansatz

Ziel der vorangegangenen Überlegungen war es, nicht von einem auf Konfrontation abzielenden Nullsum-

menspiel zwischen Staat und Ölkonzernen auszugehen, sondern die vernetzten Aktivitäten und Beziehungen finanzieller, ökologischer und sozialer Art zu betonen, die typisch für große Ölförderprojekte wie Kaschagan sind. Solche Projekte sind durch eine große Bandbreite gemeinsamer Aktivitäten eng miteinander verzahnt, die Chancen bieten für Kapitalisierung, Kostenreduzierung und Minimierung von Verantwortlichkeiten und letztendlich Kontrolle sowohl über Ressourcen als auch über menschliches Leben und Natur. In einer Welt, in der Länder und Konzerne stur mit der Gewinnung von Kohlenwasserstoffen unter immer kostspieligeren ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen fortfahren, kann man erwarten, dass autoritäre kapitalistische Staaten wie Kasachstan und TEK kooperieren, um Kosten und Risiken zu kontrollieren und dabei auch Gewinn bringende Aktivitäten jenseits der tra-

ditionellen Verarbeitungskette (von der Förderung bis zur Raffinierung) erschließen. Mit diesem komplexeren Bild werden politische Interventionen hinterfragt, die den Fokus auf isolierte Einheiten richten – einen korrupten Staat, einen blutsaugerischen Konzern, ein die Umwelt verschmutzendes Projekt –, ohne die mehrstufigen Beziehungen zu berücksichtigen, die zwischen diesen Einheiten entstanden sind. Dies ist kein Thema, das einfach durch »politische« Interventionen gelöst werden kann, doch wenn wir uns mit diesen komplexen Schnittstellen befassen, sind internationale und nationale Umweltschutzbehörden wie auch Umwelt-NGOs vielleicht besser gerüstet, sich mit dem umfangreichen Beziehungsnetzwerk zu befassen, das der erdölfördernde Krisenherd hervorbringt.

Aus dem Englischen von Brigitte Heuer

Über den Autor:

Maurizio G. Totaro ist Doktorand an der Abteilung für Konflikt- und Entwicklungsstudien der Universität Gent, Belgien. Er hat seinen BA in Politikwissenschaften an der Universität Bologna und seinen MA in Entwicklungsstudien (Schwerpunkt Zentralasien) an der Universität London gemacht. Seine Forschungsinteressen umfassen die politische Ökologie der Kohlenwasserstoffförderung, die Materialität von Rohstoffen und die Produktion von Subjektivität in Öl fördernden Regionen. Seine Dissertation befasst sich mit diesen Themen und ihren Wechselbeziehungen am Beispiel der kaspischen Region Mangystau in Westkasachstan.

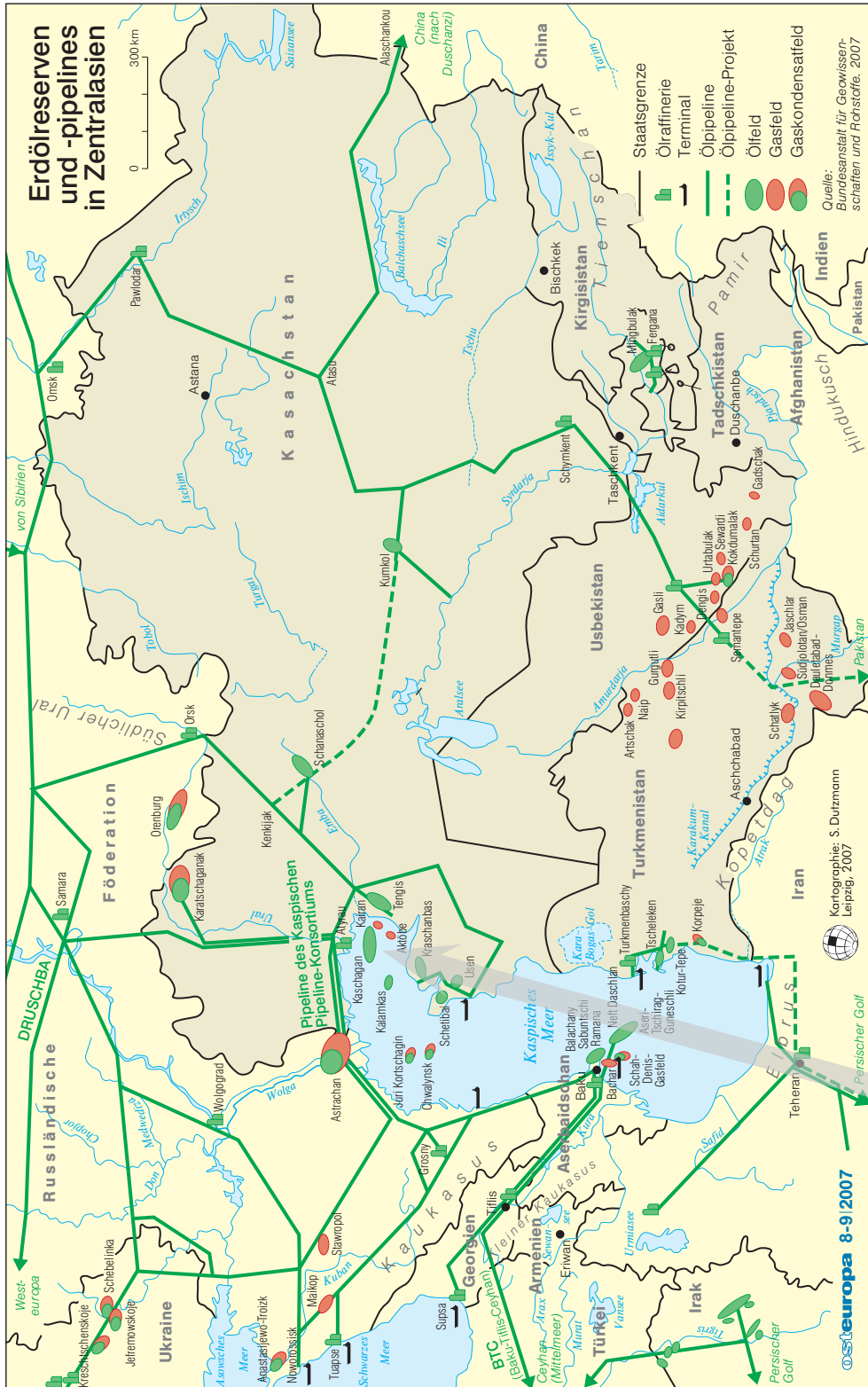
Der Beitrag wurde im Rahmen des von der EU finanzierten Innovativen Trainingsnetzwerks »CASPIAN 2015–19« verfasst und stellt ausschließlich die Meinung des Autors dar. Die geldgebende Institution ist nicht verantwortlich für die weitere Verwendung der Informationen, die dieser Beitrag enthält.

Lesetipps:

- Crude Accountability, The Kashagan Oil Bubble: The Case of an Offshore Field Development in Kazakhstan, April 2017, = <http://crudeaccountability.org/wp-content/uploads/ENG_Kashagan_report_Final1-1.pdf>
- Greg Muttitt, Hellfire Economics: Multinational Companies and the Contract Dispute Over Kashagan, the World's Largest Undeveloped Oilfield, PLATFORM/Friends of the Earth Europe, December 2007, = <www.carbonweb.org/documents/hellfire_economics.pdf>
- Bruce Pannier, Kazakhstan's Kashagan Starts Up...Again, RFE/RL, 13.10.2016, = <<https://www.rferl.org/a/qishloq-ovozi-kazakhstan-kashagan/28051575.html>>

KARTE

Erdölreserven und -pipelines in Zentralasien



Anschlusskarte der Erdölpipelines in Europa unter http://osteuropa.dgo-online.org/325_0.html

20. Mai – 23. Juni 2017

Kasachstan

21.5.2017	Präsident Nursultan Nasarbajew reist zum US-amerikanisch-islamischen Gipfel nach Riad, wo er u. a. mit seinem US-Amtskollegen Donald Trump sowie U.S. Secretary of State, Rex Tillerson, und zahlreichen führenden Politikern des Nahen und Mittleren Ostens sowie Zentralasiens zu Gesprächen zusammentreffen wird.
23.5.2017	In einer an Bildungsministerium sowie die Präsidentenadministration und Generalstaatsanwaltschaft gerichteten Botschaft von 25 ehemaligen und derzeitigen Mitarbeitern des Zentrums für internationale Programme, das u. a. für das Stipendienprogramm Bolaschak verantwortlich ist, bezichtigen diese den Leiter des Zentrums, Schanbolat Meldeschow, u. a. der Vetternwirtschaft und der Entlassung unerwünschter Beschäftigter. Das Bildungsministerium leitet Untersuchungen ein, Meldeschow wird vom Dienst suspendiert.
24.5.2017	Die untere Kammer des Parlaments verabschiedet in erster Lesung eine Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, das vorsieht, Terroristen die kasachstanische Staatsbürgerschaft zu entziehen. Justizminister Marat Beketajew erklärt gegenüber Tengrinews, dass die Staatsbürgerschaft wegen terroristischer Straftaten nur durch ein Gerichtsurteil entzogen und auch nur gegenüber im Ausland befindlichen Bürgern zur Anwendung kommen werde.
25.5.2017	Auf einer Pressekonferenz in Almaty erklärt die Chefin der städtischen Agentur für Korruptionsbekämpfung, Aigul Baichanowa, dass im Jahr 2016 und 1. Quartal 2017 insgesamt 113 Mitarbeiter der staatlichen Verwaltung wegen unethischen Verhaltens disziplinarisch zur Verantwortung gezogen wurden.
25.5.2017	Bei den Verhandlungen der OPEC und anderer wichtiger Ölproduzenten über eine Begrenzung der globalen Ölfördermenge in Wien erklärt sich die kasachstanische Seite zu einer Zusammenarbeit bereit, wenn das Kaschagan-Feld von einer Drosselung ausgeschlossen bleibt.
26.5.2017	Der wegen des Vorwurfs im Dienste des russischen Geheimdienstes zahlreiche Yahoo-E-mail-Konten gehackt zu haben, in Kanada verhaftete ehemalige Staatsbürger Kasachstans, Karim Baratow, kündigt an, dass er juristisch gegen eine Auslieferung an die US-Justiz vorgehen wolle. Baratow war bereits im März festgenommen worden, eine Freilassung auf Kautions war im April abgelehnt worden.
26.5.2017	Ein Sprecher des Innenministeriums teilt mit, dass die Sicherheitsbehörden ein kriminelles Netzwerk aus mindestens zwanzig Personen, darunter ehemaligen Polizisten, aufgedeckt haben, das Dutzende ältere Menschen in Almaty ermordet haben soll, um in den Besitz von deren Immobilien zu kommen.
26.5.2017	Das Metallurgische Kombinat Ulba in Öskemen (Ust-Kamenogorsk; Gebiet Ostkasachstan) gibt die Gründung eines kasachstanisch-chinesischen Joint-Ventures zur Produktion von Kernbrennstoff für chinesische Kernkraftwerke bis zum Jahr 2019 bekannt.
26.5.2017	Premier Bakyschan Sagyntajew nimmt an der regulären Sitzung der Regierungschefs der GUS-Staaten und des Eurasischen Regierungsrates in Kasan teil.
27.5.2017	Präsident Nasarbajew erklärt bei der feierlichen Verabschiedung des zweiten Jahrgangs von Absolventen der nach ihm benannten Universität in Astana, dass ab sofort Teile der Mittel des staatlichen Bolaschak-Stipendienprogramms in das Budget der Universität fließen sollen.
29.5.2017	Bei schweren Unwettern in der Stadt Taras (Gebiet Schambyl) sterben nach Behördenangaben drei Menschen, mehrere andere werden verletzt.
29.5.2017	Der Gouverneur des Gebiets Westkasachstan, Altai Kulginow, gibt bekannt, dass Air Astana ab Juni Direktflüge zwischen der Hauptstadt des Gebiets, Uralsk, und Frankfurt aufnimmt.
30.5.2017	Der französische Einzelhandelskonzern Carrefour kündigt 15 Monate nach der Eröffnung seines ersten Supermarkts in Almaty mit 450 Arbeitsplätzen dessen Schließung und den Rückzug vom kasachstanischen Markt an.
30.5.2017	Nach Angaben von FergananeWS.com wurden im Zeitraum von Januar bis April 2017 an den Wechselstuben 70,4% mehr Tenge in Euro getauscht als im Vorjahreszeitraum. Der Kauf von US-Dollar ging hingegen im selben Zeitraum um 25% zurück.
30.5.2017	Präsident Nasarbajew ratifiziert ein Kreditabkommen mit der International Bank for Reconstruction and Development (IBRD) mit einem Volumen von 80 Mio. US-Dollar zur Reform des kasachstanischen Sozialversicherungssystems.
31.5.2017	Das OSZE-Netzwerk zum Monitoring zwischenethnischer Beziehungen beendet offiziell seine Tätigkeit in Kasachstan.

31.5.2017	Beim Besuch der Gedenkstätte ALZhIR für die Opfer von politischer Repression und Totalitarismus in Malinowka (Gebiet Akmola) erklärt Präsident Nasarbajew, dass es im heutigen Kasachstan keine politische Verfolgung gebe.
31.05.2017	Der stellvertretende Vorsitzende der Präsidentenpartei Nur Otan, Mughtar Kul-Muhammed, reist zu einem Arbeitsbesuch nach Tokio, wo er mit Premier Shinzo Abe sowie Wirtschaftsvertretern zu Gesprächen zusammentrifft.
31.5.2017	Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Penal Reform International wurden in Kasachstan im vergangenen Jahr 554 Personen wegen extremistischen und terroristischen Straftatbeständen verurteilt, im Jahr 2014 waren es noch 154 gewesen.
1.6.2017	In Astana wird der neu errichtete Hauptbahnhof Nurly Schol, der mit 126.000 m ² Fläche auf sechs Etagen und einer Kapazität von 35.000 Passagieren am Tag mit Abstand größte der Region, eröffnet. Auch der neue Terminal des Hauptstadtflughafens wird pünktlich zur EXPO-2017 und einen Tag nach der Inspektion durch Präsident Nasarbajew eingeweiht.
2.6.2017	Präsident Nasarbajew empfängt den stellvertretenden türkischen Premier Tugrul Türkes zu Gesprächen über das bilaterale Verhältnis.
6.6.2017	Die Untersuchungshaft des ehemaligen Ministers für die nationale Wirtschaft, Kuandyk Bischimbajew, wegen Korruptionsvorwürfen wird bis zum 10.7. verlängert.
7.6.2017	Ex-BTA Bank-Chef Mughtar Abljasow wird von einem Gericht in Almaty in absentia u. a. wegen Übertretung von Vollmachten, Veruntreuung von Mitteln der Bank und Gründung einer kriminellen Vereinigung zu einer Haftstrafe von 20 Jahren verurteilt. Seine Mitangeklagten erhalten Haftstrafen zwischen 5 und 15 Jahren. Abljasow hatte den Prozess zuvor als Farce bezeichnet.
7.6.2017	Präsident Nasarbajew empfängt im Vorfeld des SCO-Gipfels in Astana die Verteidigungsminister der SCO-Staaten zu Gesprächen über die multilaterale Zusammenarbeit.
7.6.2017	In Usbekistan wird ein kasachstanischer Tourist wegen angeblich extremistischer Videos auf seinem Mobiltelefon festgenommen.
8.6.2017	Bei einem Treffen Präsident Nasarbajews mit seinem chinesischen Amtskollegen Xi Jinping in Astana werden Verträge mit einem Gesamtvolumen von 8 Mrd. US-Dollar unterschrieben, u. a. über den Export von kasachstanischem Gas nach China. Im Vorfeld des SCO-Gipfels führt Nasarbajew auch bilaterale Gespräche u. a. mit den Präsidenten der RF, von Belarus, Usbekistan und Turkmenistan, Wladimir Putin, Aleksandr Lukaschenka, Schawkat Mirsijojew und Gurbanguly Berdymuchammedow.
8.6.2017	In Astana findet ein Gipfeltreffen der SCO-Staatschefs statt, bei dem Pakistan und Indien, die bisher nur Beobachterstatus hatten, Mitglieder der Organisation werden. Es wird die Einrichtung einer SCO-Universität vereinbart und über die wirtschaftlichen Perspektiven der Organisation debattiert. Der Vorsitz geht nach dem Gipfel von Kasachstan an China über.
9.6.2017	In Astana wird mit einer spektakulären Zeremonie, an der u. a. Präsident Nasarbajew und zahlreiche Staats- und Regierungschefs, darunter die Präsidenten Chinas, der RF, Usbekistans, Turkmenistans und Kirgistans, Xi, Putin, Mirsijojew, Berdymuchammedow und Almasbek Atambajew, sowie der spanische König Felipe VI. teilnehmen, die EXPO-2017 eröffnet. Atambajew sorgt dabei mit der Aussage für Aufregung, dass man ihn in Kirgistan angezündet hätte, wenn er eine solche Summe wie die kasachstanische Regierung für eine Veranstaltung wie die EXPO ausgegeben hätte.
9.6.2017	UN-Generalsekretär Antonio Guterres, der auch am SCO-Gipfel und der Expo-Eröffnung teilgenommen hatte, wird von Präsident Nasarbajew zu Gesprächen empfangen.
12.6.2017	Außenminister Kairat Abdrachmanow trifft am Rande einer internationalen Konferenz für nachhaltige Energieproduktion im Rahmen der EXPO in Astana mit OSZE-Generalsekretär Lamberto Zannier zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit zusammen.
12.6.2017	Der Fernsehsender KTK meldet unter Berufung auf Sicherheitskreise, dass der bekannte Geschäftsmann und Chef des Konzerns KazStroy Steklo, Muratchan Tokmadi, wegen mutmaßlicher Gründung einer kriminellen Vereinigung festgenommen wurde.
13.6.2017	Der georgische Präsident Georgij Margwelaschwili trifft zu einem offiziellen Besuch in Astana ein, wo er u. a. mit seinem kasachstanischen Amtskollegen Nasarbajew die bilaterale Zusammenarbeit in den Bereichen Handel und Energie bespricht.

13.6.2017	Die ukrainische Botschaft protestiert gegen eine künstlerische Installation im Rahmen der EXPO, die auf einer Karte der Ukraine die Krim ausspart und als Teil von Russland darstellt.
13.6.2017	Schanna Berdygulowa, Richterin am Gebietsgericht von Akmola, wird erwürgt in ihrer Wohnung in Kokschetau gefunden. Ein Tatverdächtiger wird festgenommen. Zum Hintergrund der Tat wird nichts bekannt.
14.6.2017	Bei einem durch abgestoßene Raketeneinstufen ausgelösten Steppenbrand in der Nähe des Dorfes Talap (Gebiet Karaganda) wird ein Bewohner bei der Bekämpfung des Feuers getötet, eine weitere Person kommt mit Verbrennungen in ein Krankenhaus.
15.6.2017	Eine türkische Militärdelegation unter Führung des Oberkommandierenden der Landstreitkräfte, Salih Zeki Colak, trifft zu Gesprächen über die bilaterale Zusammenarbeit in Astana ein.
15.6.2017	In Astana beginnt das 10. Astana Economic Forum unter Beteiligung zahlreicher Politiker und Wirtschaftsvertreter aus In- und Ausland. In seiner Eröffnungsrede stellt Premier Sagyntajew das Ziel auf, das BIP-Wachstum bis zum Jahr 2021 auf 5,5 % zu steigern.
17.6.2017	Die chinesische Botschaft weist darauf hin, dass entgegen der Äußerungen der kasachstanischen Behörden, chinesische Staatsangehörige nicht während der EXPO einen visafreien Stoppover für maximal 72 Stunden an den Flughäfen Astana und Almaty einlegen können, sondern für die Einreise nach Kasachstan ein Visum benötigen.
18.6.2017	Der erste Passagierzug auf der direkten Verbindung Duschanbe–Astana, die anlässlich der EXPO eingerichtet wurde, trifft im Hauptbahnhof der kasachstanischen Hauptstadt ein.
20.6.2017	Der finnische Präsident Sauli Niinisto trifft in Astana mit seinem Amtskollegen Nasarbajew zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit zusammen und besucht den finnischen Pavillon auf der EXPO.
20.6.2017	Premier Sagyntajew ermahnt im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung beider Parlamentskammern und der Regierung Finanzminister Sultanow und ruft ihn zu einem geordneteren Vorgehen bei der Ausschreibung von Staatsaufträgen in den Gebieten des Landes auf.
21.6.2017	Der Flughafen von Astana wird offiziell in Nursultan Nasarbajew-Flughafen umbenannt.
21.6.2017	Die Behörden blockieren die Webseite des US-amerikanischen Journals Foreign Policy wegen eines kritischen Berichts über die EXPO. Der Verfasser, James Palmer, war offenbar nicht als Journalist, sondern als Tourist nach Astana gereist und hatte sich u. a. über die geringen Besucherzahlen mokiert. Informationsminister Dauren Abajew lädt Palmer zu einem erneuten Besuch in Astana auf, um das tatsächlich deutlich positivere Bild der EXPO zu demonstrieren.
22.6.2017	Präsident Nasarbajew empfängt den Präsidenten der EBRD, Suma Chakrabarty, am Rande einer Sitzung des Rats ausländischer Investoren zu Gesprächen über das bilaterale Verhältnis. Zudem ruft Nasarbajew ausländische Unternehmen zu Investitionen in erneuerbare Energien in Kasachstan auf.
22.6.2017	Das umstrittene neue Staatsbürgerschaftsgesetz wird vom Senat angenommen.
22.6.2017	RFE/RL berichtet unter Berufung auf Angehörige des Anfang des Jahres wegen Anstiftung zu sozialer Zwietracht zu fünf Jahren Haft verurteilten Bürgerrechtlers Maks Bokajew, dass dieser aus Protest gegen seine Verlegung von Atyrau nach Petropawlowsk (Gebiet Nordkasachstan) bereits vor zwei Wochen in den Hungerstreik getreten sei. Bokajew gilt als einer Köpfe der Proteste gegen das umstrittene Landgesetz im Frühjahr 2016.
22.6.2017	AI, HRW und weitere Menschenrechtsorganisationen fordern in einem offenen Brief die Teilnehmer des heute beginnenden Eurasia Media Forums auf, sich für die Freilassung des Journalisten Schanbolat Mamai und anderer inhaftierter Medienvertreter einzusetzen.
23.6.2017	Der ehemalige türkische Präsident Abdullah Gül trifft in Astana mit Präsident Nasarbajew zu Gesprächen zusammen.
23.6.2017	Außenminister Abdrachmanow dementiert Presseberichte, wonach die Entsendung kasachstanischer Soldaten nach Syrien Gegenstand der Syrien-Gespräche in Astana sei.
23.6.2017	Ein mit 50 Arbeitsmigranten aus Usbekistan besetzter Doppeldeckerbus auf der Fahrt von Schimkent (Gebiet Südkasachstan) nach Moskau kommt bei Samara (RF) von der Fahrbahn ab und überschlägt sich, neun Insassen sterben, 18 werden zum Teil schwer verletzt.

Kirgistan

20.5.2017	RFE/RL meldet unter Berufung auf das Finanzministerium, dass die Staatsverschuldung Ende März mit 4,16 Mrd. US-Dollar, bzw. 57,7 % des BIP, einen neuen Höchststand erreicht hat.
-----------	---

21.5.2017	Im Unterschied zu den anderen zentralasiatischen Staaten nimmt aus Kirgistan nicht der Präsident, sondern der stellvertretende Premier Muchammetkaly Abulgasiyew am US-amerikanisch-islamischen Gipfel im saudischen Riad teil.
22.5.2017	Das Oberste Gericht lehnt die von der Vorsitzenden der Menschenrechtsorganisation Bir Duino (Eine Welt), Tolekan Ismailowa, beantragte Berufung gegen die Ablehnung ihrer Klage gegen Präsident Almasbek Atambajew durch mehrere Vorinstanzen ab. Ismailowa hatte gemeinsam mit der Vorsitzenden des Menschenrechtszentrums Kylym Schamy (Fackel des Jahrhunderts), Asisa Abdirasulowa, vergeblich Schadensersatz in Höhe von 10 Mio. Som (147.000 US-Dollar) und eine öffentliche Entschuldigung des Präsidenten wegen ehrverletzender Äußerungen in einer Rede am 14.5.2016 gefordert.
22.5.2017	Am Nachmittag kommt es im Grenzbereich zu Tadschikistan im Gebiet Osch zu einem Erdbeben der Stärke 6. Meldungen über Schäden liegen nicht vor.
22.5.2017	Präsident Atambajew lässt sich vom Vorsitzenden der Versammlung des Volkes Kirgistans, Tokon Mamytow, über deren Tätigkeit, die Zusammenarbeit der nationalen Kulturzentren und Maßnahmen zum friedlichen Zusammenleben der verschiedenen Ethnien des Landes informieren.
22.5.2017	Die Eurasian Development Bank (EDB) beschließt, Kirgistan einen Kredit von 110 Mio. US-Dollar zur Finanzierung der Fertigstellung des zweiten Aggregates des Kambar-Ata 2 Wasserkraftwerkes zu gewähren.
23.5.2017	Parlamentssprecher Tschynybaj Tursunbekow wird während seines Arbeitsbesuches in der Türkei von Premierminister Binali Yildirim zu Gesprächen über die weitere Intensivierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten empfangen. Von türkischer Seite wird vorgeschlagen, dass Kirgistan in Zukunft im Bildungsbereich nicht mehr mit den angeblich mit der Gülen-Bewegung verbundenen Sapat/Sebat-Lyzeen zusammenarbeiten solle, sondern mit dem von Präsident Recep Tayyip Erdogan Anfang 2017 neu gegründeten Bildungsfonds Maarif.
23.5.2017	Premier Sooronbaj Dscheenbekow kritisiert auf einer Kabinettsitzung die Ministerien für Transport, Kultur, Landwirtschaft und Gesundheit wegen ungenügender Arbeitsergebnisse.
23.5.2017	In Bischkek findet ein Kurultai der Bewegung der nationalpatriotischen Kräfte Kirgistans statt.
23.5.2017	Die usbekische Regierung unterstützt eine Inszenierung des Usbekischen Theaters in Osch mit Kostümen und Bühnenbildern im Wert von 30.000 US-Dollar.
23.5.2017	Ein Artikel des Journalisten Ulugbek Babakulow bei Fergananeews.com über latente zwischenethnische Spannungen zwischen Kirgisen und Usbeken in Kirgistan ruft heftige Reaktionen bis zu Morddrohungen gegen den Autor in den sozialen Netzwerken und heftige Kommentare in den Massenmedien hervor.
24.5.2017	Präsident Atambajew empfängt den Außenminister der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Abdullah bin Zayed Al Nahyan, zu Gesprächen über Möglichkeiten einer Intensivierung der Zusammenarbeit insbesondere im ökonomischen Bereich.
24.5.2017	In mehreren Dörfern der südlichen Gebiete Kirgistans werden Brücken und Straßen durch Muren zerstört.
24.5.2017	In Bischkek findet die 42. Sitzung des Rates der Vorsitzenden der staatlichen Sicherheits- und Geheimdienste der GUS-Staaten statt.
26.5.2017	Premier Dscheenbekow nimmt an der regulären Sitzung der Regierungschefs der GUS-Staaten und des Eurasischen Regierungsrates in Kasan teil.
26.5.2017	Am Vorabend des EU-Kirgistan Menschenrechtsdialogs in Brüssel fordert die Internationale Föderation für Menschenrechte (FIDH – Fédération Internationale des Ligues des Droits de l'Homme) die EU-Vertreter auf, von der kirgisischen Führung ein Ende der Verfolgung unabhängiger Medien zu fordern.
26.5.2017	Präsident Atambajew empfängt Mufti Maksat aschy Toktomuschew zu Gesprächen über die Situation der Muslime in Kirgistan und Maßnahmen gegen die Einheit der Nation bedrohende neue Gefahren.
26.5.2017	Die Europäische Kommission bewilligt 165.000 Euro zur Unterstützung der Opfer des Erdbebens im Bezirk Tschon-Alaj (Gebiet Osch).
26.5.2017	Nach Angaben der Nationalbank haben kirgisische Arbeitsmigranten im 1. Quartal 2017 die Rekordsumme von 433 Mio. US-Dollar aus der RF in ihre Heimat überwiesen. Das ist eine Steigerung um 67 % gegenüber den ersten drei Monaten 2016.
26.5.2017	In Dschalalabad enden mehrtägige Verhandlungen der kirgisischen und usbekischen Arbeitsgruppen zur Delimitierung und Demarkation der gemeinsamen Staatsgrenze.
29.5.2017	In seiner Rede anlässlich des 25. Jahrestages der Streitkräfte Kirgistans schlägt Präsident Atambajew vor, die Präsidentschaftswahlen auf den 15.10.2017 vorzuverlegen.

30.5.2017	Der Pressedienst der Generalstaatsanwaltschaft gibt bekannt, dass am Vortag Ermittlungen wegen Korruption gegen den früheren Premier Igor Tschudinow und den ehemaligen Finanzminister Akylbek Dschaparow aufgenommen wurden. Beide sind derzeit Mitglieder des Parlaments für die Partei Bir Bol (Seid einig).
31.5.2017	Nach Angaben der NGO Golos Swobody (Stimme der Freiheit) wurden 2016 bei der Generalstaatsanwaltschaft 435 Anzeigen wegen Folter eingereicht, in 400 Fällen (92 %) wurde aber die Strafverfolgung abgelehnt.
31.5.2017	Der Pressesekretär des Obersten Gerichtes teilt dem kirgisischen Dienst von RFE/RL mit, dass dem Wunsch Präsident Atambajews entsprechend die Klage gegen den Sender wegen Verletzung der Ehre des Präsidenten und 20 Mio. Som (290.000 US-Dollar) Schadensersatz zurückgezogen wurde.
31.5.2017	Nach Angaben des Staatsdienstes für Migration wurden 2016 175 Bürger Kirgistans aus der Sklaverei ähnlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen im Ausland (RF, Türkei, Kasachstan, VAE) befreit.
1.6.2017	KirTAG meldet, dass 33 ausländische Staatsbürger, die in Bischkek ohne Registrierung als Bettler lebten, ausgewiesen wurden.
1.6.2017	Am Abend kommt es im Bezirk Tschon-Alaj (Bezirk Osch) erneut zu einem Erdbeben der Stärke 5. Nachrichten über Opfer oder Schäden liegen nicht vor.
3.6.2017	Farid Nijasow wird von Präsident Atambajew aus seinem Amt als Berater des Präsidenten entlassen und zugleich zu seinem ehrenamtlichen Berater ernannt. Nijasow ist Chef des Stabes der Sozialdemokratischen Partei für die Präsidentschaftswahlen.
3.6.2017	Am Rande des XXI. Petersburger Internationalen Wirtschaftsforums trifft Parlamentssprecher Tursunbekow mit der Vorsitzenden des Russischen Föderationsrates und des Rates der Parlamentarischen Versammlung der GUS-Staaten, Walentina Matwijenko, zu Gesprächen über die Zusammenarbeit beider Volksvertretungen zusammen.
5.6.2017	Vor einem Gericht in Bischkek beginnt der Prozess gegen den Führer der oppositionellen Ata-Meken Partei und früheren stellvertretenden Premier, Omurbek Tekebijew, und den ehemaligen Notstandsminister Duischonkul Tschotonow wegen Korruption. Ihnen wird vorgeworfen, 2010 von einem russischen Unternehmer 1 Mio. US-Dollar angenommen zu haben, was beide bestreiten. Auf Antrag der Verteidigung wird die Verhandlung bis 8.6. vertagt. In Tekebijews Heimatort Basar-Korgon (Gebiet Dschalalabad) demonstrieren mehr als 100 Anhänger für seine Freilassung.
6.6.2017	Ferganews.com meldet, dass der Rechtsanwalt Renat Medetbekow zwangsweise in eine Klinik für psychisch Kranke eingewiesen wurde. Beobachter sehen einen Zusammenhang mit Medetbekows Unterstützung für Tekebijew.
7.6.2017	KirTAG meldet unter Berufung auf das Staatskomitee für nationale Sicherheit (GKNB), dass im Zusammenhang mit Kommentaren zu einer Massenschlägerei im Dorf Masy, Bezirk Nookon (Gebiet Dschalalabad) am 18.5. Strafverfahren gegen Facebook-Nutzer wegen Anheizens von Feindschaft zwischen den Nationalitäten eröffnet wurden.
7.6.2017	In Osch findet erstmals ein Gastspiel eines usbekischen staatlichen Theaters statt, Aufführungen in anderen Städten des Südens werden folgen.
7.6.2017	Mehrere russische Medien berichten unter Berufung auf Verteidigungsminister Sergej Schojgu, dass die RF ihre Militärbasen in Kirgistan (und Tadschikistan) mit neuesten Waffen aufzurüsten plant, um ein Übergreifen terroristischer Aktivitäten von Afghanistan nach Zentralasien zu verhindern.
7.6.2017	Premier Dscheenbekow empfängt den Chef des Zollendienstes der RF, Wladimir Bulawin, zu Gesprächen über den Stand der Zusammenarbeit im Rahmen der EEU.
8.6.2017	Am Rande des SCO-Gipfels in Astana trifft Präsident Atambajew mit seinem usbekischen Amtskollegen Schawkat Mirsijojew zu Gesprächen über bilaterale Fragen zusammen.
8.6.2017	In Bischkek findet der 4. EU-Central Asia Security Dialogue auf der Ebene der stellvertretenden Außenminister der zentralasiatischen Staaten und Afghanistans statt.
8.6.2017	Eine in einem Artikel des unter Kritik stehenden Journalisten Babakulow der Korruption verdächtige Bewohnerin von Bischkek reicht eine Schadenersatzklage gegen ihn wegen Verletzung ihrer Ehre auf 1 Mio. Sum (14.600 US-Dollar) und Entfernung des Beitrags von der Website von Ferganews.com ein.
8.6.2017	Die Verhandlung gegen die Oppositionspolitiker Tekebijew und Tschotonow wird auf unbestimmte Zeit vertagt. Vor dem Gebäude demonstrieren Anhänger.
8.6.2017	Erst jetzt wird bekannt, dass Mitarbeiter des GKNB zwei Tage zuvor einen kirgisischen Staatsbürger festgenommen haben, der als Mitglied einer internationalen terroristischen Organisation einen Terroranschlag vorbereitet haben soll.

9.6.2017	In Naryn endet ein gewalttätiger Konflikt zwischen örtlichen Jugendlichen und Studenten der American University of Central Asia (AUCA) mit einer Entschuldigung. Am Vortag war es nach einem Basketballspiel zu einer Schlägerei gekommen, daraufhin hatten örtliche Jugendliche zwei Professoren zu einer Entschuldigung auf den Knien gezwungen. Zwei tadschikische Studenten sollen ausgewiesen werden, es wird strafrechtlich ermittelt.
9.6.2017	Vertreter des Komitees zur Verteidigung der Freiheit des Wortes appellieren an UNO und OSZE, sich bei der kirgisischen Führung für die unverzügliche Beendigung der Verfolgung unabhängiger Medien und oppositioneller Politiker und Menschenrechtler einzusetzen.
9.6.2017	Die Website von Fergananeews.com ist in Kirgistan blockiert, obwohl nicht gegen die Redaktion, sondern gegen ihren freien Mitarbeiter Babakulow wegen Anheizens nationaler Spannungen ermittelt wird.
9.6.2017	Mitarbeiter des nationalen statistischen Komitees stellen vor der Presse Ergebnisse einer auf Stichproben beruhenden Untersuchung der Haushaltseinkommen 2016 vor, nach der 25,4% der Bevölkerung Kirgistans unter der Armutsgrenze von 31.151 Som (452 US-Dollar pro Person) lebten, 6,7% weniger als im Vorjahr.
11.6.2017	UN-Generalsekretär Antonio Guterres besucht gemeinsam mit Premier Dscheenbekow das Denkmal für die Opfer der Juni-Ereignisse 2010 in Osch. Am Vortag hatte Präsident Atambajew Guterres zu Gesprächen empfangen.
12.6.2017	Der Journalist Babakulow hat nach Angaben des GKNB Kirgistan verlassen, Fergananeews.com unterbricht die Zusammenarbeit mit ihrem freien Mitarbeiter.
12.6.2017	Der GKNB deckt ein festes Schema für Bestechungszahlungen eines Prüfers der Rechnungskammer und zweier seiner Inspektoren auf.
13.6.2017	Die stellvertretende Außenministerin Dinara Kemelowa nimmt am UN-Zentralasien Dialog in Aschhabad mit UN-Generalsekretär Guterres teil, bei dem über die Implementierung der UN Global Counter-Terrorism Strategy beraten wird.
14.6.2017	Das Parlament billigt die Vorverlegung des Termins der Präsidentenwahl auf den 15.10.2017.
14.6.2017	Das GKNB gibt die Festnahme eines Mannes bekannt, der mit dem Ziel der Bildung einer dschihadistischen Untergrundorganisation aus Syrien nach Kirgistan eingereist sein soll.
14.6.2017	Li Yong, Direktor der United Nations Industrial Development Organization (UNIDO), führt in Bischkek Gespräche mit Premier Dscheenbekow, Finanzminister Adylbek Kasymalijew und Parlamentssprecher Tursunbekow über eine Intensivierung der Zusammenarbeit.
15.6.2017	Auf Beschluss der Zentralen Wahlkommission darf kein Präsidentschaftskandidat für die Registrierung mehr als die vorgeschriebenen 40.000 Unterschriften von Wählern einreichen.
18.6.2017	Vertreter des in Untersuchungshaft sitzenden Ata-Meken-Führers Tekebajew reichen bei der Zentralen Wahlkommission die Unterlagen für seine Registrierung als Präsidentschaftskandidat ein. Er bewirbt sich allerdings nicht als Kandidat seiner Partei, sondern als Unabhängiger.
18.6.2017	Kirgistan hat sein Stimmrecht in der International Labour Organisation (ILO), das es 2013 wegen nicht gezahlter Mitgliedsbeiträge verloren hatte, nach Klärung der Finanzprobleme wieder erhalten, berichtet Taalajgul Isakunowa, Ministerin für Arbeit und soziale Entwicklung, bei einem Gespräch mit der Vorstandspräsidentin der GIZ, Tanja Gönner.
19.6.2017	Präsident Atambajew unterzeichnet ein Gesetz, mit dem die Vollmachten des nationalen Sicherheitsrates erweitert werden.
19.6.2017	Durch eine Explosion auf einer Tankstelle im Dorf Ananjewo (Gebiet Issyk-Kul) kommen zwei Menschen ums Leben, acht werden z. T. lebensgefährlich verletzt (einer von ihnen stirbt am 22.6.).
20.6.2017	Finanzminister Adylbek Kasymalijew und sein russischer Amtskollege Anton Siluanow unterzeichnen eine Vereinbarung über die Abschreibung der kirgisischen Restschuld gegenüber Russland in Höhe von 240 Mio. US-Dollar. Damit hat Russland Kirgistan seit 2013 insgesamt fast 500 Mio. US-Dollar Schulden erlassen.
20.6.2017	KirTAG meldet, dass in den vergangenen Tagen drei Arbeiter chinesischer Nationalität in der Goldmine Tal-dybulak Lewobereschnyj (Gebiet Tschui) ums Leben gekommen sind. Die Aktien der Aubbaufirma gehören zu 60% der chinesischen Superb Pacific Ltd.
20.6.2017	Nach offiziellen Angaben sind in den letzten 20 Jahren ca. 500 Menschen in Kirgistan als Flüchtlinge anerkannt worden, die Mehrzahl kam aus Afghanistan, gefolgt von Syrien, Usbekistan und Iran.

21.6.2017	Während seines Staatsbesuches in Moskau trifft Präsident Atambajew mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin und Premier Dmitrij Medwedjew zu Gesprächen über das bilaterale Verhältnis und internationale Fragen zusammen. Es werden u. a. Vereinbarungen über eine strategische und eine militärtechnische Zusammenarbeit unterzeichnet. Bei einem Treffen mit der kirgisischen Diaspora in Moskau betont Atambajew die Bedeutung der russischen Sprache für Kirgistan und spricht sich für die Beibehaltung der kyrillischen Schrift aus.
21.6.2017	Das Gebietsgericht von Osch verurteilt den ehemaligen Chef der inneren Verwaltung des Gebiets, Abdlyda Kaparow, zu vier Jahren Freiheitsentzug. Kaparow hatte u. a. bei einer Demonstration ein Porträt Präsident Atambajews öffentlich verbrannt und Aktionen zur Unterstützung der verhafteten Oppositionspolitikers Tekebajew organisiert.
22.6.2017	Ex-Präsidentin Rosa Otunbajewa, die als Zeugin der Verteidigung bei der Verhandlung gegen Tekebajew und Tschotonow auftritt, bezeichnet den Prozess als ungerecht.
22.6.2017	Nach einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Rates der Muftis Russlands, Rawil Gajnutdin, in Moskau fliegt Präsident Atambajew nach Ufa, wo er mit dem Präsidenten der Autonomen Republik Baschkortostan, Rustem Chamitow, zusammentrifft. Daran wird sich ein Besuch der Autonomen Republik Tatarstan und ein Treffen mit Präsident Rustam Minnichanow anschließen.
22.6.2017	Die russische Plattenfirma Melodija bringt die CD Sudbe naslo (Dem Schicksal trotzen) mit Liedern und Texten Präsident Atambajews heraus.
22.6.2017	Vor Beginn einer Diskussion der Rechte von Mädchen und Frauen in Kirgistan verlassen nahezu alle männlichen Abgeordneten das Parlament.
22.6.2017	Im Moskauer Bezirk Kunzewo kommen bei Instandhaltungsarbeiten der Kanalisation fünf Arbeiter, darunter zwei Kirgisen, durch eine Methangasvergiftung ums Leben.
22.6.2017	Russische Medien berichten unter Berufung auf den Vorsitzenden des Komitees für Verteidigung der Duma, Wladimir Schamanow, dass Russland Gespräche mit Kirgistan (und Kasachstan) über eine Entsendung von Militär nach Syrien führe. Von kirgisischer Seite werden diese Berichte dementiert.

Tadschikistan

21.5.2017	Am Rande des US-amerikanisch-islamischen Gipfels im saudischen Riad trifft Präsident Emomali Rachmon mit dem saudischen König Salman ibn Abd al-Aziz und den Emiren von Kuwait, Katar und den VAE sowie seinen Amtskollegen aus Aserbaidschan, Kasachstan, Afghanistan und Usbekistan, Ilham Alijew, Nursultan Nasarbajew, Ashraf Ghani und Schawkat Mirsijojew zu Gesprächen zusammen.
22.5.2017	Mehrere Medien melden unter Berufung auf Sicherheitskreise, dass sechs Bewohner der Stadt Kuljab (Gebiet Chatlon), die als Anhänger der Salafiten gelten, unter dem Verdacht des Anschlags auf einen Offizier des Staatskomitees für nationale Sicherheit verhaftet wurden.
23.5.2017	FergananeWS.com berichtet, dass Tadschikistan nicht an der OSZE-Konferenz über Maßnahmen gegen Extremismus und Terrorismus in Wien am 26.5.2017 teilnehmen wird. Vertreter von Generalstaatsanwaltschaft, Komitee für nationale Sicherheit, Innenministerium und NGOs, hätten in letzter Minute ohne Begründung abgesagt.
23.5.2017	Während des regionalen Wasserforums in Duschanbe wird bekannt, dass ca. 43 % der Bevölkerung Tadschikistans wegen fehlender finanzieller Mittel des Staates keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben.
23.5.2017	Der tadschikische Dienst von RFE/RL berichtet unter Berufung auf eine Quelle im staatlichen Zollkomitee, dass Fachriddin Bosorow, ein führender Mitarbeiter dieses Komitees, vor zwei Wochen im Rahmen der Anti-Korruptions-Maßnahmen verhaftet worden sei.
24.5.2017	AI kritisiert in seinem neuesten Tadschikistanreport, dass dort Rechtsanwälte juristisch verfolgt werden, weil sie ihren beruflichen Aufgaben nachgehen, und fordert ihre Freilassung.
25.5.2017	Premierminister Kohir Rasulsoda nimmt an der regulären Sitzung des Rats der Regierungschefs der GUS-Staaten in Kasan teil.
25.5.2017	Präsident Rachmon empfängt den Außenminister der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Abdullah bin Zayed Al Nahyan, zu Gesprächen über Möglichkeiten einer Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit.
26.5.2017	Verteidigungsminister Scherali Mirso nimmt an einer regulären Sitzung des Rats der Verteidigungsminister der GUS-Staaten in Moskau teil.

26.5.2017	In Chorog (GBAO) wird der Grundstein für ein medizinisches Zentrum der Aga-Khan-Stiftung gelegt, in dem nicht nur Bürger GBAOs, sondern auch aus der afghanischen Provinz Badachschan ärztliche Hilfe bekommen sollen.
26.5.2017	RFE/RL meldet, dass der tadschikische Migrant Saidmaruf Saidow, dessen Auslieferung von Russland nach Tadschikistan vom Europäischen Gerichtshof untersagt worden war, aus Moskau verschwunden sei. Russische Menschenrechtler befürchten, dass er doch nach Tadschikistan deportiert wurde.
27.5.2017	In der Nacht kommt es im Grenzbereich zu Kirgistan zu zwei Erdstößen bis zu Stärke 5.
27.5.2017	Ein Gericht in Chudschand (Gebiet Sogd) verurteilt einen 46jährigen Mann, der als Arbeitsmigrant im russischen Barnaul Propaganda für den IS unter seinen Landsleuten gemacht haben soll, zu 3,5 Jahren Freiheitsentzug.
30.5.2017	Präsident Rachmon unterzeichnet das erste Gesundheitsgesetzbuch Tadschikistans, das bisher geltende Einzelgesetze zusammenfasst und z. B. festlegt, dass sich junge Mediziner ohne ausreichende praktische Erfahrung nicht mit einer Privatpraxis niederlassen dürfen.
30.5.2017	In Duschanbe beginnt eine zweitägige Sitzung der usbekisch-tadschikischen Zwischenregierungskommission zur Regulierung von Territorial- und Grenzfragen. Es sollen nur noch insgesamt 60 km der gemeinsamen Grenze nicht delimitiert sein.
31.5.2017	Gegen die im Ausland lebenden Geschwister des 2016 zu einer Freiheitsstrafe von insgesamt 15 Jahren verurteilten ehemaligen Anwalts der Partei der Islamischen Wiedergeburt (PIWT), Busurgmehr Jorow, Dschamsched und Chosijat, und seinen ehemaligen Anwalt Muauuam Kodirow wurde ein Verfahren wegen Aufrufs zur gewaltsamen Veränderung der verfassungsmäßigen Ordnung eröffnet, berichtet der tadschikische Dienst von RFE/RL.
31.5.2017	Das Parlament billigt eine Änderung des Reklamegesetzes, die Sponsorship für alle TV- und Radiosender und -programme verbietet. Gleichzeitig wird Reklame für Alkohol- und Tabakprodukte grundsätzlich untersagt.
1.6.2017	Im Rahmen des russisch-tadschikischen Manövers Duschanbe-Antiterror 2017 wird auf dem Truppenübungs-gelände Ljaur nahe Duschanbe erstmals außerhalb Russlands eine taktische ballistische Boden-Boden-Rakete vom Typ Iskander-M getestet.
1.6.2017	Wie erst jetzt bekannt wird, ist bereits am 19.5. bei dem gescheiterten Versuch einer Besteigung des Pik Karl Marx (6.723 m) im Pamir ein 58jähriger iranischer Alpinist ums Leben gekommen.
2.6.2017	Der russische Kommersant berichtet, dass unter den vier am 25.5. bei einer Sonderoperation in Moskau verhafteten Männern, die Anschläge im Namen des IS vorbereitet haben sollen, ein tadschikischer (und ein usbekischer) Staatsbürger ist.
2.6.2017	Die Botschaft Saudi-Arabiens in Tadschikistan dementiert die Meldung der arabischen Website alarabyia.org über die Eröffnung einer von ihrem Land finanzierten Filiale der Universität von Medina und eines islamischen Zentrums in GBAO, die bereits lebhaftige Reaktion in vor allem russischen Medien ausgelöst hatte.
3.6.2017	Die staatliche Fluggesellschaft Uzbekistan chawa jullari verringert wegen zu geringer Passagierzahlen die Zahl ihrer erst im April aufgenommenen Flüge nach Duschanbe von zwei auf einen pro Woche. Der Preis der Tickets, fast 140 US-Dollar, soll nicht verändert werden.
3.6.2017	Finanzminister Abdusalom Kurbonjon und Weltbank-Landesdirektor Jan-Peter Olters unterzeichnen eine Vereinbarung über die Bereitstellung von insgesamt 225,7 Mio. US-Dollar für die Sanierung des Nurek-Wasserkraftwerkes.
4.6.2017	Der Ständige Rat der OSZE in Wien beschließt eine Herabstufung der OSZE-Vertretung in Duschanbe in ein Programmbüro ab dem 1.7.
6.6.2017	Ein Gericht in Duschanbe verurteilt eine 28jährige Frau wegen Menschenhandels in die VAE zu einer acht-jährigen Freiheitsstrafe. Sie soll mehrere junge Mädchen mit falschen Versprechungen in Sex-Sklaverei nach Dubai gebracht haben.
7.6.2017	Im Außenministerium findet die feierliche Präsentation eines Buches der vierten Tochter Präsident Rachmons, Ruchschona, statt. Die stellvertretende Leiterin der Abteilung für internationale Organisationen des Ministeriums beschreibt darin erstmals Erarbeitung und Realisierung der Außenpolitik des Landes und die Aufgaben seiner Diplomaten.
7.6.2017	Mehrere russische Medien berichten unter Berufung auf Verteidigungsminister Sergej Schojgu, dass die RF ihre Militärbasen in Tadschikistan und Kirgistan mit neuesten Waffen aufzurüsten plant, um ein Übergreifen terroristischer Aktivitäten von Afghanistan nach Zentralasien zu verhindern.

7.6.2017	Die Niederlassungen der vier großen internationalen Post-Expressdienste DHL, UPS, TNT und Pony Express werden vom staatlichen Kommunikationsdienst wegen des Fehlens einer bisher unbekanntenen Lizenz geschlossen.
7.6.2017	Die untere Kammer des Parlamentes verabschiedet Gesetzesänderungen, mit denen bei der Polizei ab sofort keine Mitarbeiter mit doppelter Staatsbürgerschaft mehr beschäftigt werden dürfen. Gleichzeitig wird gemeldet, dass die Nationalbank 30 Angestellte mit doppelter Staatsbürgerschaft entlassen hat. In Tadschikistan ist lediglich die russische als zusätzliche Staatsbürgerschaft erlaubt, die Zahl der Betroffenen wird auf 300.000–500.000 geschätzt.
8.6.2017	Bei einer Sonderoperation der afghanischen Regierungstruppen in der Provinz Kundus werden neun tadschikische Staatsbürger getötet, die Sprengstoff hergestellt haben sollen. Die Taliban rücken derweil in den unmittelbar an das Gebiet Chatlon grenzenden afghanischen Bezirk Imam Saheb vor.
8.6.2017	Rosbalt meldet unter Berufung auf russische Sicherheitskreise, dass der tadschische »Mafia-Boss« Lutfullo Muachammadijew (alias Lutfullo alias Anwar) bei einer Sonderoperation in einer Kleinstadt im Gebiet Wladimir (RF) verhaftet wurde. Bei ihm wurden Granaten, Narkotika und extremistische Literatur gefunden.
9.6.2017	Am Rande des SCO-Gipfels in Astana trifft Präsident Rachmon mit seinen chinesischen und afghanischen Amtskollegen Xi Jinping und Ashraf Ghani zu Gesprächen über das bilaterale Verhältnis und regionale Fragen zusammen.
11.6.2017	Präsident Rachmon informiert UN-Generalsekretär António Guterres bei einem Treffen in Duschanbe über die ökonomische Lage und die nachhaltige Entwicklung Tadschikistans. Bei einem Flug über den Pamir verschafft sich Guterres einen Eindruck von den Auswirkungen des Klimawandels auf die großen Gletscher.
12.6.2017	In Duschanbe findet ein Business-Forum Tadschikistan-Turkmenistan mit über 100 Vertretern turkmenischer Ministerien und Unternehmen statt. U. a. wird über die Einrichtung eines Linienfluges Duschanbe–Aschchabad verhandelt.
12.6.2017	Ein Gericht im Bezirk Rudaki (Gebiet unter republikanischer Verwaltung) verurteilt ein Ehepaar wegen Mitgliedschaft im IS zu 12 bzw. 13 Jahren Haft. A. Vasirov war 2015 als Arbeitsmigrant in Moskau mit dem IS in Kontakt gekommen und im Januar 2017 bei dem Versuch der gemeinsamen Ausreise mit Frau und drei minderjährigen Kindern via Istanbul und Teheran im iranischen Sochidon verhaftet und an Tadschikistan ausgeliefert worden.
12.6.2017	Nach den neuesten Daten von Eurostat über die Zahl der Asylanträge in den EU-Staaten haben 830 tadschikische Staatsbürger um politisches Asyl in Polen nachgesucht. Die Zahl ist nach dem Verbot der PIWT im Herbst 2015 sprunghaft gestiegen.
12.6.2017	Nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Khovar hat das russische Innenministerium mehr als 106.000 tadschikische Staatsbürger von der Liste der Personen, denen wegen Verletzung der Meldebestimmungen die Einreise nach Russland für drei Jahre verboten war, gestrichen. Da Personen, denen die Einreise für fünf Jahre untersagt ist, von der Amnestie für Arbeitsmigranten im Frühjahr nicht betroffen waren, bleibt mehr als 168.000 Tadschiken die Einreise nach Russland auch weiterhin verwehrt.
13.6.2017	Der tadschikische Dienst von RFE/RL berichtet, dass Präsident Rachmon bereits am 25.5.2017 seiner Tochter Osoda, die den Exekutivapparat des Präsidenten leitet, den höchsten Rang im Justizsystem des Landes als Staatsrätin der Justiz verliehen hat.
13.6.2017	Präsident Rachmon fordert auf einer Kabinettsitzung die Beamten des Landes zu einer zeitnahen Reaktion auf Klagen der Bürger und mehr Nähe zum Volk auf.
13.6.2017	Innenminister Ramason Rachimsoda nimmt am UN-Zentralasien Dialog in Aschchabad mit UN-Generalsekretär Guterres teil, bei dem über die Implementierung der UN Global Counter-Terrorism Strategy in Zentralasien beraten wird. Am Rande der Veranstaltung trifft er mit seinem turkmenischen Amtskollegen Isgender Mulikow zu Gesprächen über eine Intensivierung der Zusammenarbeit im Kampf gegen die transnationale Kriminalität zusammen.
14.6.2017	Präsident Rachmon trifft zu einem zweitägigen Besuch in Jerewan ein, wo er mit seinem armenischen Amtskollegen Sersch Sargsjan, Premierminister Karen Karapetjan und weiteren Regierungsmitgliedern zu Gesprächen zusammentreffen wird.
14.6.2017	Der tadschikische Dienst von RFE/RL berichtet, dass bereits zwei Wochen zuvor Chursched Dschabborsoda, stellvertretender Leiter einer Abteilung der Generalstaatsanwaltschaft, unter Korruptionsverdacht verhaftet wurde.

14.6.2017	Der ehemalige Chef des Zentrums für Kommunikationstechnologie im Exekutivapparat des Präsidenten, Kadamschon Safisoda, und sechs seiner Untergebenen werden wegen Unterschlagung von 8 Mio. Somoni (ca. 910.000 US-Dollar) zu Freiheitsstrafen von 12 bis 15 Jahren verurteilt.
15.6.2017	Asia-Plus berichtet, dass der Verkauf und die gleichzeitige Nutzung von mehr als zwei SIM-Cards einer Telekommunikationsgesellschaft verboten wurden. Bereits vorhandene Karten werden blockiert.
15.6.2017	In Duschanbe startet erstmals ein direkter Personenzug nach Astana, der die kasachstanische Hauptstadt am 18.6. erreichen wird. Die Verbindung ist bis zum Ende der Expo in Astana am 10.9.2017 befristet.
15.6.2017	Ein Moskauer Militärgericht verurteilt fünf tadschikische Staatsbürger wegen Mitgliedschaft in der verbotenen Hizb ut-Tahrir zu Freiheitsstrafen von 15 bis 18 Jahren.
17.6.2017	Das U.S. State Department warnt US-Bürger in Tadschikistan vor gegen sie gerichteten Anschlägen von afghanischen Kämpfern.
17.6.2017	Der Aufsichtsrat der Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) bewilligt ein 60 Mio. US-Dollar-Darlehen für das Nurek Hydropower Rehabilitation Project Phase I.
17.6.2017	Nach den Angaben in einem neuen Report der Weltbank gehören die Preise für den Zugang ins Internet in Tadschikistan zu den weltweit höchsten, bei gleichzeitig schlechter Verbindungsqualität.
19.6.2017	Während der 4. Internationalen Handelsmesse Sugd-2017 in Chudschand wurden über 70 Verträge mit einem projektierten Volumen von ca. 2,5 Mio. US-Dollar zwischen tadschikischen und usbekischen Unternehmern unterzeichnet.
19.6.2017	Präsident Rachmon erörtert mit einer Delegation des Rates der Direktoren der ADB Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit.
19.6.2017	Der tadschikische Dienst von RFE/RL berichtet, dass auf einem nahe der afghanischen Grenze gelegenen Baumwollfeld im Bezirk Farchor (Gebiet Chatlon) eine in Afghanistan abgeschossene Granate explodiert ist. Es gab keine Verletzten.
20.6.2017	Der tadschikische Dienst von RFE/RL meldet die Verhaftung eines weiteren hochrangigen Ex-Mitarbeiters der Agentur zur Finanzkontrolle und für den Kampf gegen Korruption. Kosim Sidsoda war in leitender Funktion in der Hauptverwaltung für den Kampf gegen Wirtschaftskriminalität tätig.
20.6.2017	Bei Gesprächen von Regierungsdelegationen aus Tadschikistan und Usbekistan unter Leitung der Vize-Premiers Dawlatali Said und Ulugbek Rosikulow in Duschanbe wird u. a. eine Städtepartnerschaft zwischen Taschkent und Duschanbe vereinbart. An den Gesprächen beteiligte Wirtschaftsvertreter fordern die Abschaffung der 2000 eingeführten Visapflicht zwischen beiden Staaten, weil sie die wirtschaftliche Zusammenarbeit behindere.
21.6.2017	David Kaye, Sonderberichterstatter der UN für Meinungsfreiheit, kritisiert auf einer Sitzung des UN-Menschenrechtsrates die tadschikische Regierung wegen ihres Vorgehens gegen unabhängige Journalisten und Andersdenkende scharf. Die von der Führung des Landes mit der Sicherung der inneren Stabilität legitimierten Maßnahmen seien im Gegenteil geeignet, diese zu unterminieren.
22.6.2017	Fünf Bewohner der Gemeinde Bochtarijon (Gebiet Chatlon) müssen wegen Typhus stationär behandelt werden. Ursache soll verschmutztes Trinkwasser sein.

Turkmenistan

20.5.2017	Die turkmenischen Behörden liefern insgesamt 27 iranische Häftlinge an ihr Heimatland aus.
21.5.2017	Erst jetzt wird bekannt, dass der am 3.5. verstorbene Vize-Premier Batyr Ereschow sich das Leben genommen hatte.
22.5.2017	Der seit Dezember 2016 in russischer Untersuchungshaft sitzende turkmenische Staatsbürger Aschyrbai Bekijew, dem zuletzt eine Auslieferung in seine Heimat drohte, wird auf Hinwirken des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs freigelassen.
23.5.2017	Am Rande des US-amerikanisch-islamischen Gipfels in Riad empfängt der saudische Energieminister Halid Al-Falih seine Kollegen aus Norwegen, Ägypten und Turkmenistan zu Gesprächen über die Beschränkung der globalen Ölfördermenge. Die turkmenische Seite bekräftigt ihre grundsätzliche Bereitschaft, sich an den von der OPEC geleiteten Verhandlungen beteiligen.
24.5.2017	Im Gebiet Lebap wird feierlich eine neue, 850 m lange Pontonbrücke über den Amudarja eröffnet.

26.5.2017	Die Sprecherin des Föderationsrates der RF, Walentina Matwijenko, empfängt in Moskau den Vorsitzenden des juristischen Komitees des turkmenischen Parlaments und Sohn von Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow, Serdar Berdymuchammedow, zu Gesprächen über die bi- und multilaterale parlamentarische Zusammenarbeit.
27.5.2017	Eine turkmenische Delegation reist zum Gipfeltreffen der GUS-Verteidigungsminister nach Moskau.
28.5.2017	Der Chef des Staatskonzerns Turkmengaz, Myrat Artschajew, erklärt im Rahmen eines Gaskongresses in Awasa (Gebiet Balkan), dass nach neuesten Berechnungen die Gesamtreserven seines Landes an Erdgas bei ca. 50 Billionen m ³ lägen.
29.5.2017	Im Rahmen einer erweiterten Kabinettsitzung kündigt Parlamentssprecherin Akdscha Nurberdyjewa ein Gesetzesprojekt zur Korruptionsbekämpfung an, das u. a. auch die Gründung einer Agentur zum Kampf gegen die Korruption vorsieht.
30.5.2017	Nach Angaben des turkmenischen Dienstes von RFE/RL wurden allein im letzten Monat im Gebiet Lebap 50 Personen wegen mutmaßlicher Verbindungen zur Gülen-Bewegung festgenommen, überwiegend Lehrer türkisch-turkmenischer Schulen und ehemalige Studierende an Universitäten der Türkei.
31.5.2017	Der Schwarzmarktkurs des US-Dollars gegenüber dem Manat fällt rapide von 1:7,2–7,5 auf 1:6–6,5. Der Grund ist unklar.
1.6.2017	Im Rahmen einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates rügt Präsident Berdymuchammedow Innenminister Isgender Mulikow scharf wegen Nachlässigkeiten in der Amtsführung.
1.6.2017	Das Nachrichtenportal Alternatiwnye Nowosti Turkmenistana (ANT) kündigt unter Berufung auf Quellen im Innenministerium an, dass ausländischen Diplomaten noch vor Beginn der Asien-Spiele für Hallen- und Kampfsportarten im September der Zutritt ins Gefängnis Owadan-Tepe, in dem zahlreiche politische Gefangene einsitzen, gestattet würde.
1.6.2017	In Aschchabad findet ein Ad hoc-Treffen der stellvertretenden Außenminister der Kaspi-Anrainer zum Status des Kaspischen Meeres statt.
2.6.2017	Eine neue Agentur zur Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität hat die Arbeit aufgenommen, meldet die staatliche Zeitung Solotoj Wek (Goldenes Jahrhundert).
5.6.2017	Das Nachrichtenportal Gündogar meldet, dass auch ausländische Besucher der Asien-Spiele im September der Pflicht unterliegen, sich für Reisen außerhalb der Hauptstadt einen bezahlten akkreditierten Führer zu nehmen.
7.6.2017	Präsident Berdymuchammedow fordert im Rahmen einer erweiterten Kabinettsitzung den beschleunigten Übergang von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft im Rahmen der Verfassung und die Verbesserung des Steuer- bzw. Bankensystems. Zudem kündigt er die Einstellung der kostenlosen Versorgung der Bevölkerung mit Gas, Wasser und Benzin an und rügt er die Minister für Wirtschaft und Finanzen, Batyr Basarow und Muchammetguly Muchammedow, scharf für Unzulänglichkeiten in der Amtsführung.
10.6.2017	Präsident Berdymuchammedow trifft am Rande des SCO-Gipfels in Astana u. a. mit seinem kasachstanischen Amtskollegen Nursultan Nasarbajew und mit dem chinesischen Staatschef Xi Jinping zusammen.
13.6.2017	Mehrere Menschenrechtsorganisationen rufen UN-Generalsekretär Antonio Guterres im Vorfeld seiner Reise nach Aschchabad dazu auf, sich während seines Besuches für die Einhaltung von Menschenrechten einzusetzen.
13.6.2017	UN-Generalsekretär Guterres leitet am UN-Regionalzentrum für präventive Diplomatie in Aschchabad ein Treffen zum verstärkten Kampf gegen den Terrorismus, an dem die Außenminister der zentralasiatischen Staaten teilnehmen. Am Rande des Treffens empfängt Präsident Berdymuchammedow Guterres zu Gesprächen über die bi- und multilaterale Zusammenarbeit. Außenminister Raschid Meredow empfängt seinen usbekischen Kollegen Abdulasis Kamilow.
14.6.2017	In der Ukraine wird ein turkmenischer Staatsbürger wegen der mutmaßlichen Beteiligung an der Ermordung einer bulgarischen Studentin festgenommen.
14.6.2017	Der neue BP Statistical Review of World Energy dokumentiert, dass Turkmenistan im Jahr 2016 erstmals seit sieben Jahren das Gasfördervolumen von 69,6 auf 66,8 Mrd. m ³ gesenkt hat.
17.6.2017	Präsident Berdymuchammedow zeigt sich im Rahmen einer erweiterten Kabinettsitzung unzufrieden mit dem Tempo der Weizenernte und rügt verantwortliche Funktionäre. Zudem ordnet er im Vorfeld der in 90 Tagen beginnenden Asien-Spiele für Kampf- und Hallensportarten samstägliche Arbeitseinsätze an und fordert die Erhöhung des Gasexportpotentials.
19.6.2017	Präsident Berdymuchammedow begnadigt anlässlich des Endes des Fastenmonats Ramadan mehr als 1.000 Häftlinge.

21.6.2017	Präsident Berdymuchammedow zeigt sich bei einer Sitzung im Bürgermeisteramt von Aschhabad unzufrieden mit den Vorbereitungen zu den Asienspielen und spricht mehrere Rügen aus.
21.6.2017	Die afghanische Nachrichtenagentur Ariana berichtet, dass Kämpfer des IS die Kontrolle über das unmittelbare Grenzgebiet Afghanistans mit Turkmenistan in der Provinz Dschauschan übernommen hätten.

Usbekistan

20.5.2017	Vertreter der staatlichen Energiegesellschaft Uzbekenergo und des turkmenischen Energieministeriums unterzeichnen im Anschluss an das Treffen der Präsidenten beider Staaten im turkmenischen Awasa (Gebiet Balkan) ein MoU über Zusammenarbeit im Bereich des Transits von Strom nach Kasachstan und Kirgistan durch Usbekistan. Die Bürgermeister von Taschkent und Aschhabad unterzeichnen bei gleicher Gelegenheit eine Vereinbarung über eine Städtepartnerschaft.
20.5.2017	Beim Ministerkabinett wird mit Ukas von Präsident Schawkat Mirsijojew ein Komitee für zwischennationale Beziehungen und Verbindungen mit ausländischen Staaten gegründet.
21.5.2017	Am Rande des US-amerikanisch-islamischen Gipfel im saudischen Riad lobt US-Präsident Donald Trump laut UzA gegenüber Präsident Mirsijojew den Reformprozess in Usbekistan. Mirsijojew trifft in Riad auch mit seinen Amtskollegen aus Aserbaidshan, Kasachstan, Afghanistan und Pakistan, Ilham Alijew, Nursultan Nasarbajew, Ashraf Ghani und Mamnoon Hussain, zusammen. Bei dieser Gelegenheit kommt es auch zum ersten persönlichen Gespräch zwischen Mirsijojew und seinem tadschikischen Amtskollegen Emomali Rachmon.
23.5.2017	Eine Delegation des Komitees für Menschenrechte des Europaparlamentes wird während ihres Taschkentbesuches von Außenminister Abdulasis Kamilow zu Gesprächen empfangen und trifft auch mit Parlamentariern und Vertretern von NGOs zusammen. Am Vortag hatte Kamilow bereits mit den EU-Parlamentariern Iuliu Winkler (Rumänien) und Ismail Ertug (Deutschland) das Verhältnis Usbekistan-EU erörtert.
23.5.2017	Präsident Mirsijojew empfängt den russischen Innenminister Wladimir Kolokolzew. Bei einem Treffen Kolokolzews mit seinem usbekischen Amtskollegen Abdusalamon Asisow werden insbesondere Fragen des Kampfes gegen Terrorismus und Extremismus sowie der illegalen Migration erörtert. Beide Seiten vereinbaren die Einrichtung einer Vertretung des russischen Innenministeriums in Usbekistan im Rahmen der Bemühungen um die Legalisierung von Migration.
23.5.2017	Der langjährige Direktor der Zentralbank, Fujsulla Mulladschonow, stirbt unerwartet im Alter von 67 Jahren. Mulladschonow gilt als der Begründer des Bankensystems Usbekistans.
23.5.2017	Die usbekische Regierung unterstützt eine Inszenierung des Usbekischen Theaters im kirgisischen Osch mit Kostümen und Bühnenbildern im Wert von 30.000 US-Dollar.
24.5.2017	FergananeWS.com meldet unter Berufung auf die Menschenrechtlerinnen Jelena Urlajewa und Malochat Eschonkulowa, dass im Bezirk Pachtakor (Gebiet Dschisak) seit Anfang April täglich Mitarbeiter von Schulen, Kindergärten, Polikliniken und Krankenhäusern zur Arbeit auf den Baumwollfeldern gezwungen werden.
24.5.2017	Gazeta.ru meldet, dass Gesundheitsminister Alischer Schadmanow am Rande der 70. Sitzung der Weltgesundheitsversammlung in Genf mit dem neugewählten WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus zusammengetroffen ist.
24.5.2017	Der stellvertretende türkische Premierminister Yildirim Tugrul Turkes trifft zu einem dreitägigen Besuch in Taschkent ein, währenddessen er von Präsident Mirsijojew empfangen und an der vierten Sitzung der Zwischenregierungskommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder teilnehmen wird. Parallel findet ein Business-Forum statt, bei dem Vereinbarungen über Wirtschaftsprojekte in Höhe von 2 Mrd. US-Dollar unterzeichnet werden. Gleichzeitig hält sich auch der türkische Minister für Kultur und Tourismus, Nabi Avci, in Buchara auf.
24.5.2017	Das Arbeitsministerium wird mit Dekret von Präsident Mirsijojew umgebildet in ein Ministerium für Beschäftigung und Arbeitsbeziehungen.
25.5.2017	Premier Abdulla Aripow nimmt an der regulären zweitägigen Sitzung des Rates der Regierungschefs der GUS-Staaten in Kasan teil.
25.5.2017	Auf Verordnung von Präsident Mirsijojew wird beim Beruni-Institut in Taschkent ein Museum für orientalische Handschriften gegründet, in dem historische Dokumente gesammelt, restauriert und erforscht werden sollen.
25.5.2017	Präsident Mirsijojew ernennt Ismatilla Irgaschew zu seinem Sondervertreter für Afghanistan.
26.5.2017	In Dschalalabad enden mehrtägige Verhandlungen der kirgisischen und usbekischen Arbeitsgruppen zur Delimitierung und Demarkation der gemeinsamen Staatsgrenze.

26.5.2017	Der bisherige Arbeitsminister Asis Abduchakimow wird zum Chef des neuen Ministeriums für Beschäftigung und Arbeitsbeziehungen ernannt.
26.5.2017	Auf Anordnung des Justizministeriums der RF wird die Tätigkeit des Allrussischen Kongresses der Usbeken bis 24.11.2017 ohne Angabe konkreter Gründe untersagt. Die 2011 gegründete Organisation hat die Bewahrung von Kultur und Sprache der in Russland lebenden Usbeken zum Ziel.
27.5.2017	Der Senat nimmt die Entschließung über die Wahl von Kosimdschan Kamilow zum Vorsitzenden des Obersten Gerichtes an.
28.5.2017	Der Senat billigt mehrere Änderungen der Verfassung, die u. a. die Kompetenzen des Verfassungsgerichts und des Präsidenten bei der Besetzung einiger Posten erweitern.
29.5.2017	Der usbekische Dienst von RFE/RL berichtet, dass die bekannte Schauspielerin und Sängerin Dulfusa Ismailowa mit einem Loblied auf Präsident Mirsijojew an die Öffentlichkeit getreten ist. Im Interview betont sie, dass es sich nicht um eine Auftragsarbeit handele.
29.5.2017	Erst jetzt wird bekannt, dass Präsident Mirsijojew bereits am 25.5. ein Gesetz unterzeichnet hat, dass es Unternehmern unter bestimmten Bedingungen erleichtert, Waren aus eigener Produktion gegen Devisen ins Ausland zu exportieren.
29.5.2017	FergananeWS.com berichtet, dass ein Gericht in Taschkent elf wegen religiösen Extremismus angeklagte Männer zu fünf- bis sechsjährigen Freiheitsstrafen verurteilt hat, obwohl diese erklärt hatten, dass ihre Geständnisse unter schwerer Folter zustande gekommen seien.
29.5.2017	Präsident Mirsijojew unterzeichnet ein Dekret über die Bestimmungen für die Gewährung von politischem Asyl in Usbekistan.
30.5.2017	Ein Mitarbeiter der Botschaft Frankreichs kommt in den Bergen bei Taschkent bei einem Sportunfall ums Leben.
30.5.2017	Der usbekische Dienst von RFE/RL meldet, dass die Staatsagentur für geistiges Eigentum in der Vorwoche insgesamt 34 Computerspiele, darunter Mortal Combat X, Postal 2, Phantasmagoria, Grand Theft Auto (GTA) und Carmageddon verboten hat.
30.5.2017	Die Staatliche Nachrichtenagentur UzA berichtet, dass Präsident Mirsijojew am Vortag auf einer Sitzung über die Implementierung der jüngsten Vereinbarungen mit ausländischen Staaten die zuständigen Beamten heftig kritisiert und eine persönliche Verantwortlichkeit für die Umsetzung gefordert habe.
30.5.2017	Das Staatliche Fernsehen bringt eine Sondersendung zum Thema Heimkehr aus Syrien, in der erklärt wird, dass Usbeken, die ihren Anschluss an terroristische Gruppen im Ausland als Fehler betrachten, ihre Schuld bekennen und mit den Untersuchungsbehörden zusammenarbeiten, nach ihrer Rückkehr nicht obligatorisch bestraft würden. Nach den Worten eines Experten hätte die Mehrzahl der Extremisten ihren Fehler erkannt und wünsche eine Rückkehr in die Heimat.
31.5.2017	Im Internet taucht die Aufzeichnung einer Rede Präsident Mirsijojews auf, in der er Bankiers und Finanziers als Nichtsteuer und Schmiergeldempfänger bezeichnet und dabei den stellvertretenden Premier Rustam Asimow, verbunden mit der Bemerkung: »Ich hätte Sie entlassen sollen«, namentlich mit einbezieht.
31.5.2017	Arbeitsminister Abduchakimow empfängt eine Delegation des Dienstes für Beschäftigung und Arbeit der RF unter Leitung seines stellvertretenden Vorsitzenden, Michail Iwanow, zu Gesprächen über die Realisierung der während des Moskaubesuches von Präsident Mirsijojew im April 2017 unterzeichneten Vereinbarungen bezüglich der Arbeitsmigranten.
31.5.2017	Die Regierung beschließt 29 Lagerstätten strategisch wichtiger Bodenschätze, darunter Gold, Wolfram, Uran u. a., ausländischen Investoren vorzuschlagen.
1.6.2017	Entsprechend einer Anordnung von Präsident Mirsijojew vom 26.5. verkauft GM Uzbekistan seine Autos ab sofort nur noch in Sum (nach Tageskurs des US-Dollar). Gleichzeitig in den sozialen Netzwerken auftauchende Berichte über Preiserhöhungen von bis zu 30 % sorgen für Unruhe.
1.6.2017	Präsident Mirsijojew ist ab sofort mit einer eigenen Website (www.president.uz) in Internet vertreten, auf der Nachrichten, Reden und Gesetze zu finden sind sowie eine e-mail-Adresse zur Kontaktaufnahme.
1.6.2017	Die Asian Development Bank (ADB) bewilligt einen 500 Mio. US-Dollar Kredit für den ländlichen Hausbau in neun Gebieten des Landes.
1.6.2017	In Duschanbe endet ein mehrtägiges Treffen der Arbeitsgruppen zu Fragen der Delimitierung und Demarkierung der gemeinsamen Staatsgrenze.

1.6.2017	In Gegenwart von u. a. Vertretern des Komitees für Religionsangelegenheiten wird in Taschkent die erste vollständige ins Usbekische übersetzte Bibel vorgestellt. An dem Projekt, das sich über fast 25 Jahre erstreckt hat, waren Linguisten, Philologen und Geistliche beteiligt.
2.6.2017	Der russische Kommersant berichtet, dass unter den vier in Moskau am 25.5. bei einer Sonderoperation verhafteten Männern, die Anschläge im Namen des IS vorbereitet haben sollen, ein usbekischer (und ein tadschikischer) Staatsbürger ist.
2.6.2017	Am Rande des International Economic Forum 2017 in Sankt Petersburg unterzeichnen der Vorstandsvorsitzende von Gazprom, Aleksej Miller, und der stellvertretende usbekische Premier und Aufsichtsratsvorsitzende von Uzbekneftegaz, Guomdschon Ibragimow, eine Vereinbarung über eine strategische Zusammenarbeit beider Unternehmen.
2.6.2017	Nach Angaben von Asamat Chaidarow, Direktor der öffentlichen Gesellschaft Uzbekconcert, hat seine Institution das Singen von Präsident Mirsijojew gewidmeten Liedern verboten.
3.6.2017	Die staatliche Fluggesellschaft Uzbekistan chawa jullari verringert wegen zu geringer Passagierzahlen die Zahl ihrer erst im April aufgenommenen Flüge nach Duschanbe von zwei auf einen pro Woche. Der Preis der Tickets, fast 140 US-Dollar, soll nicht verändert werden.
3.6.2017	Präsident Mirsijojew schlägt in einer öffentlichen Rede in Andischan vor, usbekischen Staatsbürgern, die sich radikalen religiösen Gruppen angeschlossen haben, die Staatsbürgerschaft zu entziehen und fordert Imame auf, entsprechende Kandidaten vorzuschlagen.
4.6.2017	Der Tod des Medizinstudenten Dschasur Ibragimow, der am Vortag an den Folgen der ihm Anfang Mai von Mitstudenten bei einer Schlägerei zugefügten Verletzungen gestorben war, ruft eine ungewöhnlich heftige Reaktion der Öffentlichkeit hervor. Innerhalb von 48 Stunden unterzeichnen 17.000 Menschen eine Petition mit der Forderung nach einer raschen und umfassenden Untersuchung des Falles, 200 versammeln sich in einem Park im Zentrum von Taschkent. Bisher wurde ein Tatverdächtiger verhaftet.
5.6.2017	Aus einer Anordnung Präsident Mirsijojews über das Programm zur Entwicklung der Wasserenergie 2017–2021 geht hervor, dass der Bau von 18 neuen und die Modernisierung von 14 Wasserkraftanlagen geplant ist. Mehr als 1 Mrd. US-Dollar der geplanten Kosten von 2,65 Mrd. US-Dollar sollen durch Kredite internationaler Finanzinstitute finanziert werden.
6.6.2017	Die Weltbank erhöht ihre Prognose für das Wirtschaftswachstum Usbekistans von 7,4 % auf 7,6 %.
6.6.2017	Vize-Premier Asimow wird von Präsident Mirsijojew aus seinem Amt entlassen und zum Chef Uzbekinvest National Export-Import Insurance Company gemacht. Sein Nachfolger im Amt des Vize-Premier wird Dschamschid Kutschkarow.
6.6.2017	Der ehemalige Finanzminister Mamariso Nurmuratow wird Nachfolger des verstorbenen Faisulla Mullajanow als Vorsitzender der Zentralbank.
6.6.2017	Der Sonderbeauftragte des Präsidenten für Afghanistan, Irgaschew, wird am Rande eines internationalen Treffens des Kabul-Prozesses in der afghanischen Hauptstadt vom afghanischen Präsidenten Ghani empfangen.
6.6.2017	In einer illegalen Goldförderstätte in den Bergen des Bezirks Galljaral (Gebiet Dschisak) werden mehr als zehn Personen durch abrutschende Steine und Sand verschüttet, vier können nur tot geborgen werden, zwei werden schwer verletzt.
7.6.2017	FergananeWS berichtet, dass schon seit einer Woche der kasachstanische Staatsbürger Witalij Nentschenko in usbekischer Untersuchungshaft ist, nachdem usbekische Grenzer bei der Einreise extremistische Videos auf seinem Handy entdeckt hatten. Ihm drohen bis zu fünf Jahre Haft.
7.6.2017	Die Summe der Rücküberweisungen usbekischer Arbeitsmigranten ist im 1. Quartal 2017 nach Angaben der russischen Zentralbank im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um knapp 51 % auf 570 Mio. US-Dollar gestiegen.
8.6.2017	Der Muslimrat Usbekistans gewährt der Mir Arab Madrasa in Buchara den Status einer höheren religiösen Ausbildungsstätte.
8.6.2017	Präsident Mirsijojew trifft am Rande des SCO-Gipfels in Astana mit seinen afghanischen und kirgisischen Amtskollegen, Ghani und Almasbek Atambajew, und den Premierministern von Pakistan und Indien, Muhammad Nawaz Sharif und Narendra Modi, zu Gesprächen über bilaterale und regionale Fragen zusammen. Außerdem findet ein Gespräch mit dem spanischen König Felipe VI statt, der sich zur Expo-Eröffnung in Astana aufhält.
10.6.2017	Präsident Mirsijojew empfängt in Samarkand den neuen UN-Generalsekretär António Guterres zu Gesprächen über die Zusammenarbeit mit der Organisation. Guterres besucht auch den Aralsee und legt Blumen am Grab Islam Karimows nieder.

12.6.2017	Eine Delegation unter Leitung der stellvertretenden Premierministerin Tansila Narbajewa und Arbeitsminister Abduchakimow führt in Genf Gespräche mit dem Generaldirektor der International Labor Organization (ILO), Guy Ryder, über den Stand der sozioökonomischen Entwicklung Usbekistans und die angestrebte Intensivierung der Zusammenarbeit.
12.6.2017	Chimmat Okbutajew wird aus seinem Amt als Gouverneur des Gebietes Samarkand entlassen. Übergangsweise übernimmt Turobdschon Dschurajew den Posten.
12.6.2017	Mit Erlass Präsident Mirsijojews wird das Ministerkabinett weiter umstrukturiert, u. a. wird die Zahl der Vize-Premiers auf sechs gesenkt.
12.6.2017	Das staatliche Fernsehen berichtet an prominenter Stelle, dass Präsident Mirsijojew auf einer Videokonferenz zur Erörterung der sozioökonomischen Situation Usbekistans Regierungsmitglieder und Beamte in den Gebieten des Landes wegen mangelnden Vorgehens gegen Korruption und Unterschlagung kritisiert und einen neuen Ansatz bei der Lösung der sozioökonomischen Probleme gefordert hat.
12.6.2017	Präsident Mirsijojew erörtert in einem Telefongespräch mit seinem kasachstanischen Amtskollegen Nursultan Nasarbajew Fragen der regionalen und internationalen Politik sowie den Stand der bilateralen Zusammenarbeit.
13.6.2017	Außenminister Kamilow nimmt am UN-Zentralasien-Dialog mit UN-Generalsekretär Guterres in Aschchabad teil. Am Rande der Veranstaltung trifft er mit seinem turkmenischen Amtskollegen Raschid Meredow zu bilateralen Gesprächen zusammen.
13.6.2017	Uzreport berichtet, dass Usbekistan in einem auf der Website des World Economic Forum publizierten Artikel mit einem für 2017 prognostizierten BIP-Wachstum von 7,6% als weltweit am zweitschnellsten wachsende Volkswirtschaft aufgeführt ist. An erster Stelle steht Äthiopien mit 8,3%.
14.6.2017	Präsident Mirsijojew unterzeichnet das Dekret über einen Vertrag zwischen Uzavtosanoat JSC und der französischen Peugeot Citroen Automobiles S.A. (PSA Group) über die Bildung eines Joint Ventures zur Produktion von leichten Nutzfahrzeugen.
14.6.2017	Der ehemalige stellvertretende Gouverneur des Gebiets Dschisak, Ulugbek Mustafojew, löst Fasliddin Salomow als Vorstandsvorsitzender von Uzbekenergo ab.
15.6.2017	Der Vorstandsvorsitzende von Uzbekneftegaz, Alischer Sultanow, teilt vor der Presse mit, dass man plane in den kommenden drei Jahren den Gasexport nach China bis auf 10 Mrd. m ³ zu steigern und Möglichkeiten des Exports nach Europa eruiere.
15.6.2017	Das Taschkenter Borowskij-Medizin-College, an dem der getötete Student Ibragimow und seine unter Tatverdacht stehenden Kommilitonen immatrikuliert gewesen waren, wird nach Angaben von FergananeWS.com auf Anordnung des Ministeriums für mittlere und höhere Bildung geschlossen. Die langjährige Direktorin der Lehranstalt war bereits am 6.6. zurückgetreten.
15.6.2017	Präsident Mirsijojew lädt erstmals in der Geschichte Usbekistans anlässlich des Ramadan muslimische Geistliche und Vertreter anderer Religionen aus dem ganzen Land, insgesamt mehr als 1.200 Personen, zu einem Ifor (abendliches Fastenbrechen) in ein Restaurant in Taschkent ein. Bei einer Videokonferenz mit mehr als 10.000 Teilnehmern am gleichen Tag spricht Mirsijojew über die Notwendigkeit, sich mit des Extremismus verdächtigen Muslimen und deren Familienangehörigen zu befassen.
15.6.2017	Der usbekische Dienst von RFE/RL meldet, dass Nuriddin Dschumanijasow bereits am 31.12.2016 in einer Strafkolonie an Tuberkulose gestorben ist. Der Menschenrechtler war zusammen mit Fachriddin Tillajew im März 2014 wegen Menschenhandels zur einer Freiheitsstrafe von acht Jahren und drei Monaten verurteilt worden. Internationale Menschenrechtsorganisationen hatten die Anklage als konstruiert und das Urteil als politisch motiviert bewertet.
15.6.2017	Präsident Mirsijojew ordnet die Errichtung von drei Pferdezuchtbetrieben in den Gebieten Taschkent und Kaschkadarja zur Förderung des Reitsports an.
19.6.2017	In Reaktion auf Präsident Mirsijojews Forderung vom 16.6., versuchsweise an allgemeinbildenden Schulen wieder zur 11jährigen Schulzeit zurückzukehren, gibt Premier Aripow bekannt, dass ab September 2017 an 44 Schulen in Taschkent die Schulzeit entsprechend verlängert wird. In den Gebieten des Landes wird eine Umfrage über eine mögliche Verlängerung unter Schülern und Eltern stattfinden. Die Schulzeit war 1997 vom ehemaligen Präsidenten Karimow auf neun Jahre reduziert worden.
20.6.2017	Bei Gesprächen von Regierungsdelegationen aus Usbekistan und Tadschikistan unter Leitung der Vize-Premiers Ulugbek Rosikulow und Dawlatali Said in Duschanbe wird u. a. eine Städtepartnerschaft zwischen Taschkent und Duschanbe vereinbart. An den Gesprächen beteiligte Wirtschaftsvertreter fordern die Abschaffung der Visapflicht zwischen beiden Staaten, weil sie ein Handelshindernis darstellt.

20.6.2017	Adcham Ikramow wird auf einer außerordentlichen Sitzung der Handelskammer Usbekistans auf Vorschlag von Premierminister Aripow zum Vorsitzenden ihres Exekutivkomitees gewählt. Die Kompetenzen der Kammer waren am Vortag mit Dekret Präsident Mirsijojews erheblich erweitert worden.
20.6.2017	Inom Madschidow wird zum neuen Minister für höhere und mittlere Bildung ernannt. Sein Vorgänger Rustam Kasimow war von Präsident Mirsijojew zum stellvertretenden Staatsrat für Kaderfragen bestimmt worden.
20.6.2017	Präsident Mirsijojew unterzeichnet eine Verordnung über die Schaffung eines speziellen Zentrums für die Erforschung von im Ausland befindlichen Kulturgütern mit Beziehung zu Usbekistan beim Ministerkabinett.
21.6.2017	Mit Unterzeichnung einer entsprechenden Verordnung durch Präsident Mirsijojew erhalten private Unternehmer das Recht, Obst, Gemüse und Wein direkt ins Ausland zu exportieren. Die 2016 gebildete Aushandelsgesellschaft Uzagroeksport verliert damit ihr Monopol.
23.6.2017	In Taschkent werden mehr als 2 t beschlagnahmte Narkotika verbrannt, davon 22 kg Heroin und 1,5 t Opium.
23.6.2017	Ein mit 50 Arbeitsmigranten aus Usbekistan besetzter Doppeldeckerbus auf der Fahrt von Schimkent (Gebiet Südkasachstan) nach Moskau kommt nahe Samara (RF) von der Fahrbahn ab und überschlägt sich, neun Insassen sterben, 18 werden zum Teil schwer verletzt.

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortliche Redakteurin: Dr. Beate Eschment

Redaktionsassistentin: Dr. Henryk Alff

Satz: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1866-2110 © 2017 by Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH • Mohrenstraße 60 • 10117 Berlin • Telefon: +49 (30) 2005949-20

e-mail: beate.eschment@zois-berlin.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien



Kostenlose E-Mail-Dienste

der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Partner der deutschsprachigen Analysen zur postsowjetischen Region ist das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Partner der Polen-Analysen ist das Deutsche Polen-Institut. Partner der englischsprachigen Analysen ist die ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>